

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Wir müssen uns dem Urteil  
der Geschichte stellen

Heinz Fischer

Eine  
Zivilisationshaut

Christine Nöstlinger

Direkt die Demokratie erneuern  
– oder eher damit abschaffen?

Daniel Lehner

Ein Grenzgänger des  
20. Jahrhunderts: Leo Kofler

Christoph Jünke



12. WESTLICHT FOTO-AUKTION



# EDITORIAL

Der Umgang Österreichs und Europas mit den aktuellen Flüchtlingswellen kann wohl nur als Schande bezeichnet werden. Gegen überfüllte Nußschalen voller Flüchtlinge werden Kanonenboote ins Mittelmeer entsandt. Gleichzeitig werden jene Asylsuchenden, die es bis Österreich schaffen, in teilweise unbeheizten Zelten untergebracht, weil die Innenministerin Mitte Mai 2015 davon überrascht wurde, dass in Syrien und Irak doch tatsächlich seit Jahren Krieg geführt wird und Hunderttausende mittlerweile seit Monaten und Jahren auf der Flucht sind! In Traiskirchen, einer Kleinstadt mit 20.000 EinwohnerInnen, werden im sogenannten »Erstaufnahmezentrum« 1.800 Menschen untergebracht, darunter unfassbare rund 1.000 (!) minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge. In den Medien beginnen nun erste Spekulationen darüber, ob die Flüchtlingswelle der FPÖ bei den bevorstehenden Landtagswahlen Stimmgewinne bringen könnten. Diese Form der Instrumentalisierung menschlicher Tragödie ist in jeder Hinsicht beschämend. Umso mehr ist aber auch die Sozialdemokratie gefordert, Lösungen aufzuzeigen und die Innenministerin bei der Umsetzung in die Pflicht zu nehmen. Das unerträgliche Hin- und Herschieben der Verantwortung zwischen den Gebietskörperschaften muss ein Ende haben.

Aus drohenden oder tatsächlich unerfreulichen Wahlergebnissen falsche Schlüsse zu ziehen, ist aber kein rein österreichisches Phänomen: In Großbritannien hat die Labour Party bei den britischen Unterhauswahlen zwar fast zwei Prozent zugelegt, das Antreten der rechten UK Independence Party und der Erfolg der mit linker Rhetorik den Wahlkampf dominierenden Scottish National Party hat aber, ebenso wie das Zerbröseln der Liberaldemokraten, dem konservativen Premierminister Cameron eine zweite Amtszeit gesichert. Seither überbieten sich die Nachfolge-KandidatInnen des zurückgetretenen Ed Miliband darin, sich als wirtschaftsfreundlich bzw. gewerkschaftsskeptisch in Szene zu setzen. Statt zu hinterfragen, welche Ursachen die Entfremdung klassischer KernwählerInnen haben könnte, geht diese Entfremdung so weit, dass der als Zukunftshoffnung gehandelte Kurzzeit-Nachfolgekandidat Chuka Umunna allen Ernstes vorschlug, beim anstehenden EU-Referendum v.a. auf die Manager zu setzen, die ihren ArbeiterInnen erklären sollten, warum die EU positiv sei.

In diesem Heft stehen zwei Beiträge an der Spitze, die nach der Bestätigung des Verbots des »Kleinen Glücksspiels« in Wien durch den VfGH im März um eine Einschätzung dieses Verbots bemühen:

**Ludwig Dvořák** ortet in der Umsetzung einen großen politischen Erfolg: Die Politik hat mit einem klaren Zeichen die Selbstherrlichkeit der **Glücksspielkonzerne in die Schranken** gewiesen, weitere Schritte zur Regulierung und zum **Schutz von SpielerInnen** bleiben notwendig, ihre Durchsetzung wurde aber **erleichtert**.

**Elisabeth Wolfbauer-Schinnerl** argumentiert, dass das **Verbot** das **Problem** der Spielsucht **nicht gelöst** hätten und andere Maßnahmen, wie die Erhöhung der Altersgrenzen, wichtiger wären.

Anlässlich der 70. Jahrestage der Gründung der Zweiten Republik und der Befreiung vom Nazi-Faschismus dokumentieren wir die **Festreden** von **Bundespräsident Heinz Fischer** anlässlich der Wiedererstehung der Republik bzw. von **Christine Nöstlinger** anlässlich des Gedenktages am Jahrestag der Befreiung Mauthausens.

Einen aktuellen Beitrag zu Fragen der Entwicklung unserer Demokratie steuert **Daniel Lehner** bei, der sich **kritisch** mit den Vorschlägen zu einer **Ausweitung direkt-demokratischer Modelle** und ihren demokratiegefährdenden Aspekten auseinandersetzt und alternative Vorschläge zur Stärkung der Demokratie aus linker Sicht entwickelt.

**Christian Dickinger** hat einen politischen Nachruf auf den kürzlich verstorbenen deutschen Schriftsteller **Günter Grass** verfasst.

Leben und Werk des vor 20 Jahren verstorbenen sozialistischen Humanisten und Stalinismuskritikers **Leo Kofler** wird von **Christoph Jünke** gewürdigt.

Nach den Buchtipps rundet schließlich **Elisabeth Blaha** das Heft mit einer kritischen Reflexion über die sehr **unterschiedlichen Standards** der eingeforderten **Regeleinhaltung** in der Europäischen Währungsunion ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

**LUDWIG DVOŘÁK**  
Gf. Chefredakteur



# Inhalt



Los 66  
OSVALDO SALAS (1914–1992)  
Ein Konvolut aus 92 Fotografien, 1950–1989  
92 Silbergelatine-Abzüge, geprintet in den  
1980er Jahren  
Mehrheit ca. 40 x 30 cm  
Jeder Print rücks. signiert

## Pro und Kontra: Glücksspielverbot

6 **Ohne Verbote keine Kontrolle**  
VON LUDWIG DVOŘÁK

10 **Glücksspiel: Kontrolle besser als Verbote**  
VON ELISABETH WOLFBAUER-SCHINNERL

14 **Wir müssen uns dem Urteil  
der Geschichte stellen**  
VON HEINZ FISCHER

20 **Eine Zivilisationshaut**  
VON CHRISTINE NÖSTLINGER

24 **Direkt die Demokratie erneuern –  
oder eher damit abschaffen?**  
VON DANIEL LEHNER

32 **Ich hab das Maul aufgemacht!**  
VON CHRISTIAN DICKINGER

36 **Ein Grenzgänger des 20. Jahrhunderts:  
Leo Kofler**  
VON CHRISTOPH JÜNKE

44 **Buchtipp**  
Sachliches & Belletristisches

46 **Regeln müssen eingehalten werden!**  
SCHLUSSWORT VON ELISABETH BLAHA

# Ohne Verbote keine Kontrolle

**Vom Verbot des »Kleinen Glücksspiels«** in Wien hat sich niemand Wunder erwartet, der Erfolg ist dennoch unübersehbar. Während die Glücksspiellobby verbissen, argumentativ widersprüchlich und bisher erfolglos Verfassung, EU-Recht und SpielerInnenschutz vorschleibt, um die eigenen Profite mit Zähnen und Klauen zu verteidigen, hat die Debatte eines symbolisch klar gemacht: Dass demokratische Politik das Heft in die Hand nehmen kann und sich zahlungskräftige Lobbyisten ihre Regeln nicht selber machen können.

**D**ie Fassungslosigkeit darüber, dass es der Wiener Landtag gewagt hatte, die Automatenlizenzen für das »Kleine Glücksspiel« mit 31.12.2014 – auch gegen die Proteste der Glücksspielindustrie – auslaufen zu lassen, waren unübersehbar, als der Glücksspielkonzern NOVOMATIC Anfang Dezember letzten Jahres erklärte, er werde seine Automaten trotz Verbots weiterbetreiben, weil man es rechtlich bekämpfen wolle.<sup>1</sup> Nachdem die Wiener Stadtregierung und die Finanzpolizei keinen Zweifel offen gelassen hatten, die neue Rechtslage ab 01.01.2015 zu exekutieren, illegale Automaten beschlagnahmen zu lassen und Strafen zu verhängen, ruderte man doch noch zurück. Im März 2015 wies der Verfassungsgerichtshof dann auch tatsächlich die Beschwerden der Glücksspielkonzerne ab: Das Höchstgericht bestätigte die Verfassungskonformität der neuen Regelung.<sup>2</sup>

## WIE ES ZUM VERBOT KAM

Damit ist eine wichtige Zwischenetappe erreicht. Das »Kleine Glücksspiel« ist sicherlich nur ein Teilaspekt eines Wirtschaftssektors, in dem jährlich um rund 15 Milliarden Euro Einsätze gespielt und rund 1,5 Milliarden Euro an die Glücksspielkonzerne verspielt werden.<sup>3</sup> Mit der Neugestaltung des bundesrechtlichen Rahmens 2010 stellte sich daher auch auf Ebene der Länder, die für das »Kleine Glücksspiel« Regelungskompetenz haben, die Frage wie mit dem Automatenspiel umzugehen sei. Das Ziel eines verbesserten SpielerInnenschutzes wurde allgemein geteilt, umstritten war jedoch, wie dieser auszusehen habe. Die Glücksspiellobby argumentierte in dieser Phase mit dem drohenden weiteren Anwachsen der Anzahl der bereits betriebenen illegalen Automaten, dem nur durch eine Legalisierung mit »verstärkten Kontrollen« begeg-

net werden könne. Gerade vor dem Hintergrund von aus dem Boden sprießenden kleinen Glücksspiellokalen und der Aussicht auf noch mehr Automaten im Hinterzimmer von Wirtschaftshäusern, verspürten aber auch zahlreiche LokalpolitikerInnen wachsendes Unbehagen, wie effektiv die versprochenen verbesserten Kontrollen faktisch sein würden. Zumal es wohl als maßlose Unverschämtheit erscheint, zu verlangen, »verstärkte Kontrollen« gerade jenen Unternehmen zu überantworten, die gleichzeitig kommunizieren, dass Automaten illegal betrieben werden, wenn es nicht nach ihrem Willen gehe.

Die Entscheidung fiel auf dem Wiener SPÖ-Landesparteitag 2011. Nach intensiver Diskussion sprach sich die Mehrheit der Delegierten für einen von der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund eingebrachten Antrag zum Verbot des »Kleinen Glücksspiels« aus. Nach einigem Hin und Her entschied Wien sich dafür, die Konzessionen nach dem 31.12.2014 nicht zu verlängern und das »Kleine Glücksspiel« auslaufen zu lassen.

## DAVID GEGEN GOLIATH

Dass mit dem faktischen Verbot weder die Spielsucht von einem Tag auf den anderen verschwindet, noch alle Probleme gelöst sind, war schon damals klar. Neben dem »Kleinen Glücksspiel« gibt es weiterhin das bundesgesetzlich geregelte Glücksspiel, Sportwetten und legales wie illegales Online-Gaming. Klar ist aber auch, dass gerade das Automatenspiel, eine besonders hohe Suchtgefährdung (47% aller Spielenden) aufweist, die alle anderen Spielformen weit hinter sich lässt.<sup>4</sup> Klar ist weiters, dass es einer politischen Kapitulation gleichkäme, wenn die Politik akzeptierte, dass Aufstellung und Betrieb tausender Automaten illegal erfolgt, wenn sie nicht nach der

Pfeife der Glücksspielkonzerne tanzt. Das Verbot des »Kleinen Glücksspiels« wurde so auch ein Symbol dafür, dass es nicht zwangsläufig so sein muss, dass die »Politik von multinationalen Großkonzernen overruled« wird, wie Landeshauptmann Franz Voves Mitte Mai heftig kritisierte.<sup>5</sup> Die kurzzeitige Ankündigung im Dezember 2015, die Automaten auch nach dem 01.01.2015 entgegen dem Verbot weiter betreiben zu wollen, waren wohl auch Ausdruck von zur Gewohnheit gewordenen Allmachtsgefühlen einer finanzstarken Branche, deren Einschränkung rechtstaatlich und demokratiepolitisch überfällig war.

### OHNE VERBOT KEINE KONTROLLE

Aus diesem Grund ist das Verbot des »Kleinen Glücksspiels« keineswegs ein Widerspruch zu einem stärkeren SpielerInnenschutz, er hat gewissermaßen erst die Basis für wirksame Regulierung geschaffen. Nicht nur, weil die Durchsetzung der Rechtslage wesentlich einfacher ist, wenn ein aufgestellter Automat illegal ist, als zu prüfen, ob ein bestimmtes Gerät eine Erlaubnis hat und alle technischen Voraussetzungen erfüllt. Vor allem hat die Debatte um das »Kleine Glücksspiel« dem Thema wesentlich größere Aufmerksamkeit verschafft als je zuvor. Sie hat vorexerziert, dass politisches Handeln in diesem Themenfeld möglich ist. Nun geht es darum, die Debatte sinnvoll weiterzuentwickeln und offene Fragen anzugehen. Dazu zählt sicherlich das bundesweit geregelte Automaten-spiel der Video-Lotterie-Terminals (VLT) ebenso wie Online-Gaming und Sportwetten.

### EUROPÄISCHES RECHT

Bereits seit Jahren gibt es intensive Bemühungen, den europäischen Glücksspielsektor zu liberalisieren<sup>6</sup> und die hat Glücksspielindustrie in den Marktfreiheiten, insbesondere in der Dienstleistungsfreiheit, schon lange den Hebel zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Interessen entdeckt. In den Mittelpunkt der Auseinandersetzung sind dabei die staatlichen Glücksspielmonopole gerückt. Entgegen der gebetsmühlenartigen Behauptungen der Glücksspiel-Liberalisierer ist die Beseitigung staatlicher Monopole keineswegs europarechtlich geboten.<sup>7</sup> Die Mitgliedsstaaten müssen allerdings nachweisen, dass öffentliche Interessen die Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit erforderlich machen und müssen in dieser Hinsicht eine kohärente Politik verfolgen. Staatliche Glücksspielmonopole sind unionsrechtskonform, wenn sie dem SpielerInnenschutz bzw. dem Kampf gegen Betrug und Kriminalität dienen und die praktische Handhabung des

Monopols auch tatsächlich diesen Zielen und nicht der Profitmaximierung der Monopolisten dient.<sup>8</sup>

Im Gefolge dieser EUGH-Judikatur steht die Kohärenz staatlicher Glücksspielpolitik verstärkt im Blickpunkt und wird von privaten Glücksspielkonzernen mit großem Aufwand in Zweifel gezogen. Das treibt seltsame Blüten: Eigentlich illegale, weil ohne österreichische Lizenz betriebene Online-Anbieter heizen mit intensiven Werbemaßnahmen den Kampf um den Spielermarkt an, beklagen aber gleichzeitig den mangelnden SpielerInnenschutz und umgekehrt steigende Werbemaßnahmen durch den österreichischen Quasimonopolisten und versuchen so das Monopol doch noch auszuhebeln.<sup>9</sup> Zuletzt ortete die Europäische Kommission auch in der mangelnden Bekämpfung illegaler Online-Spielangebote mangelnde Kohärenz und kündigte die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens vor dem EUGH an.<sup>10</sup>

Die größten Gefahren für das staatliche Glücksspielmonopol gehen also einerseits von der stillschweigenden Duldung illegaler (Online-)Anbieter und andererseits von einem unkritischen Gewährenlassen der Monopolisten aus. Völlig eindeutig scheint aber eines: Der Wegfall staatlicher Monopole ebnet nur den Weg für noch aggressivere Kämpfe um Marktanteile in einem stagnierenden Wirtschaftssektor.<sup>11</sup>

### ES WAR NUR DER ERSTE TEIL...

Die Durchsetzung des Verbots des »Kleinen Glücksspiels« kann daher nur ein Zwischenschritt gewesen sein. Der SpielerInnenschutz erfordert es, das Thema nicht als abgehakt zu betrachten, sondern die nächsten notwendigen Schritte zu setzen: nach vorne, nicht zurück. Maßnahmen sind auf verschiedenen Ebenen erforderlich. Soll das Glücksspielmonopol nicht einem entfesselten Wettbewerb geopfert werden, sind Maßnahmen gegen illegale Online-AnbieterInnen ebenso geboten wie Beschränkungen der Werbemöglichkeiten und -ausgaben – sowohl der illegalen, wie der legalen Anbieter. Beides dient unmittelbar dem Schutz der KonsumentInnen. Darüber hinaus braucht es aber sicherlich auch eine kritische Auseinandersetzung mit den Geschäftsstrategien der Monopolisten. Tatsächlich wird der SpielerInnenschutz als Rechtfertigungsgrund für die Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit nur dann halten, wenn er auch tatsächlich im Mittelpunkt der Glücksspielstrategie steht. Im Kontext der Wiener Automaten Diskussion haben die Lotterien auf die Aufstellung der bundesgesetzlich zugelassenen VLTs freiwillig verzichtet. Eine bundeseinheitliche Strategie gegen das Automaten-spiel muss

aber grundsätzlich Zahl und Sinn dieser Geräte hinterfragen. Schließlich gilt es auch auf den Einwand Bedacht zu nehmen, dass Automaten-Spielsüchtige auf Sportwetten ausweichen könnten. Auch hier ist in Frage zu stellen, warum Österreich »eine im europäischen Vergleich liberale Haltung gegenüber den Sportwetten« einnehmen muss<sup>12</sup> bzw. ob nicht auch hier eine strengere Regulierung erforderlich ist.

Glücksspiel kann wohl ebenso wenig verboten werden, wie Süchte durch Gesetze abgeschafft werden könnten. Verbote ersetzen weder Präventions- und Therapieangebote noch weitergehende Regulierungsmaßnahmen (höhere Altersgrenzen, striktere Kontrollmaßnahmen etc.). In keinem sensiblen Wirtschaftssektor käme man aber auf die Idee, die Bedürfnisse der kommerziellen Anbieter zum Maßstab des KonsumentInnenschutzes zu machen. Wer strengerer Regulierung das Wort redet und diese von der Ausweitung der Geschäftsfelder für Glücksspielkonzerne abhängig macht, riskiert ein gravierendes Glaubwürdigkeitsproblem. Denn zu einer wirksamen Regulierung des Glücksspiels zählt auch, klare Grenzen festzulegen, was erlaubt wird und welche Spielformen aufgrund ihres Suchtpotenzials außen vor bleiben sollten. 

**LUDWIG DVOŘÁK**

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

1. [http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/720345\\_Novomatic-geht-All-in.html](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/720345_Novomatic-geht-All-in.html)
2. [https://www.vfgh.gv.at/cms/vfgh-site/attachments/3/0/8/CH0006/CMS1427957889168/gluecksspiel\\_wien\\_entscheidung.pdf](https://www.vfgh.gv.at/cms/vfgh-site/attachments/3/0/8/CH0006/CMS1427957889168/gluecksspiel_wien_entscheidung.pdf)
3. [http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/newsletter/3815910/Gluecksspiel\\_Lotterien-spuren-die-Konsumflaute](http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/newsletter/3815910/Gluecksspiel_Lotterien-spuren-die-Konsumflaute) bzw. <http://www.branchenradar.com/Artikel.aspx?id=6512>
4. [http://www.praevention.at/upload/documentbox/pk\\_gluecksspiel\\_2011\\_kurzfassung\\_studie.pdf](http://www.praevention.at/upload/documentbox/pk_gluecksspiel_2011_kurzfassung_studie.pdf)
5. [http://www.kleinezeitung.at/s/steiermark/landespolitik/landtagswahl/4733231/Deutliche-Worte\\_Voves-sieht-globales-PolitikVersagen](http://www.kleinezeitung.at/s/steiermark/landespolitik/landtagswahl/4733231/Deutliche-Worte_Voves-sieht-globales-PolitikVersagen)
6. Zankl, Online-Gaming: Regulieren statt Monopolisieren, *ecolex* 2010, 310.
7. Kind, EuGH für Verbot des Internetglücksspiels - Placanica ade!, *ÖJZ* 2010, 450.
8. EuGH 30.04.2014, Rs Pflieger u.a., C-390/12.
9. Stadler/Aquilina, Apropos LG Linz: Glücksspielmonopol fällt bei Kohärenzprüfung durch, *ecolex* 2015, 442.
10. [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-1150\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1150_de.htm?locale=en)
11. [http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/newsletter/3815910/Gluecksspiel\\_Lotterien-spuren-die-Konsumflaute](http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/newsletter/3815910/Gluecksspiel_Lotterien-spuren-die-Konsumflaute)
12. Lehner, Wette, Sportwette und Glücksspiel, *taxlex* 2007, 337



Los 69

HENRI CARTIER-BRESSON (1908–2004)

'Derrière la Gare Saint-Lazare', Paris 1932

Silbergelatine-Abzug, geprintet in den späten 1950er Jahren, früher großformatiger  
Ausstellungsprint

55,2 x 39,2 cm

Rücks. Fotografenstempel

# Glücksspiel: Kontrolle besser als Verbote

**Elisabeth Wolfbauer-Schinnerl** zieht drei Monate nach dem Verbot des kleinen Glücksspiels in Wien eine kritische Bilanz: Der Zulauf bei der Spielsuchthilfe sei nach wie vor groß, am Spielsuchtverhalten der Menschen hat sich trotz des Verbots des kleinen Glücksspiels nichts geändert. Wer nicht nach Niederösterreich oder ins Ausland fahre, spiele im Internet oder gehe in Wettbüros. Unter Bezugnahme auf Spielsuchtextperten sieht sie in besserer Kontrolle mehr Chancen als in einem Verbot.

**A**m Spielsuchtverhalten der Menschen hat sich durch das Verbot von Spielautomaten in Wien nichts geändert. Wenn jemand abhängig ist, dann hat er ein Verlangen und weicht auf andere Spielmöglichkeiten aus«, so Ass.-Prof. oA Dr. Peter Berger, Vereinspräsident der Spielsuchthilfe, einer ambulanten Beratungsstelle für Spielsüchtige und ihre Angehörigen in Wien. »Das Verbot von Automaten alleine reicht nicht aus.«

Wie bei jeder Suchterkrankung verspüren auch Glücksspielkranke einen inneren Druck, der sie dazu zwingt, ihrer Sucht nachzugehen. Das Verbot von Spielautomaten in Wien, führt dazu, dass sie ausweichen – nach Niederösterreich, ins Ausland, ins Internet-Casino oder sie gehen ins Wett-Cafe gegenüber.

Vor allem Wettlokale profitieren vom Verbot der Spielautomaten. Denn der Kick des Risikos befriedigt das Verlangen von Spielern in jeder Beziehung. Anders als andere Glücksspielarten ist das Wettgeschäft nicht im Glücksspielgesetz geregelt und kommt daher gänzlich ohne Zugangskontrollen aus. Auch die konzessionierten Spielbanken sind vom Verbot des kleinen Glücksspiels in Wien nicht betroffen – sie dürfen ihre Automaten in Wien weiterhin betreiben – und können sogar noch weitere aufstellen. Doch solange das Einspruchsverfahren wegen der Vergabe von zwei zusätzlichen Stadtlizenzen an den Automatenhersteller Novomatic bzw. das schweizerisch/deutsche Gauselmann-Konsortium nicht entschieden ist, gibt es in Wien nur die Casinos Austria als Automatenbetreiber.

## VERBOTE SIND SINNLOS

Berger findet daher klare Worte, wenn es den politisch Ver-

antwortlichen bei ihrer Regelung des Glücksspiels tatsächlich um den Spielerschutz geht: »Ein Verbot bringt gar nichts, es treibt die Spieler nur in andere Spielstätten oder ins Internet. Effiziente Kontrollen sind besser als jedes Verbot.«

In der Spielsucht-Ambulanz werden jährlich rund 900 Spielsüchtige und ihre Angehörigen betreut. Die ambulanten Behandlungen und Beratungen sind für die Betroffenen gratis. Die Finanzierung der Einrichtung ist ohne die freiwillige Unterstützung der Glücksspielunternehmen nicht möglich. Denn diese zahlen den Großteil der anfallenden Ambulanz-Kosten, eine gesetzliche Verpflichtung dazu gibt es keine. »Um eine nachhaltige Betreuung von Spielsüchtigen zu gewährleisten, ist es dringend erforderlich, dass ein kleiner Prozentsatz des Glücksspielumsatzes zweckgebunden für die Therapie von Spielsüchtigen und die Betreuung von betroffenen Angehörigen verwendet wird«, fordert Berger hier konkrete Maßnahmen von der Politik.

Weitere wichtige Maßnahmen für den Spielerschutz sind effiziente Zugangskontrollen. Vor allem die Altersbeschränkung – der Zugang ist ab dem 18. Lebensjahr erlaubt – muss eingehalten werden. »Noch besser ist es, das Alterslimit nach oben zu setzen«, fordert Berger. Zahlreiche Gespräche mit Spielsüchtigen zeigen, dass diese in sehr jungen Jahren in die Abhängigkeit geraten. Auch eine Registrierungspflicht ist für den Therapeuten ein effizientes Mittel, um im Ernstfall rechtzeitig mit einer Sperre reagieren zu können. »Dazu wird auch entsprechend geschultes Personal benötigt«, sagt Berger, der auch wenig von Regelungen hält, die in der Praxis mangels Kompetenz nicht umgesetzt werden.

Denn während süchtige Spieler einem inneren Zwang folgen, ist es für das Personal oft nicht zu erkennen, dass ein Spieler gefährdet ist. Wie bei jeder Sucht geht es auch hier um Emotionen. Sobald ein Süchtiger die typischen Symptome seiner Sucht verspürt, sind alle Alltagsprobleme und –sorgen wie verflogen. »Spieler haben ein positives Gefühl, wenn sie spielen und diese schöne Erinnerung treibt sie immer wieder ins Spiel.« Begleitet wird diese gefühlte Emotion durch die Vorstellung, dass der nächste »große Gewinn« alle finanziellen Sorgen löst. Das funktioniert im Spielcasino genauso wie im Wettbüro.

### **AUTOMATENSPIEL HAT HÖCHSTES SUCHTPOTENZIAL**

Aus einer 2009 bis 2011 durchgeführten österreichweiten Studie zur Suchtvorbeugung geht hervor, dass sich der höchste Anteil von pathologischen SpielerInnen unter den NutzerInnen des Automatenspiels in der Spielhalle (47 %), gefolgt von den SportwetterInnen (20 %), den klassischen KasinospielerInnen, wie z.B. Roulette (17 %) und den AutomatenspielerInnen im Kasino (15 %) befindet.

Die größte Gefährdung für Spielsucht in Österreich geht also von den Glücksspielautomaten aus. Es folgen die Sportwetten und schon mit deutlichem Abstand die klassischen Kasinospiele. Die geringsten Anteile finden sich bei Kartenspielen wie Poker und den Lotterien – hier liegt der Anteil deutlich unter zehn Prozent.

### **DAS GLÜCKSSPIEL IM INTERNET IST DIE NEUE GEFAHR FÜR SPIELER**

Eine große Gefahr ist für Berger das Glücksspiel im Internet, denn hier fällt jede Schwellenangst weg. »In Österreich spielen bereits 40 Prozent der Spielsüchtigen online«, zitiert Berger aus einer aktuellen Statistik. Anders als legale Internet-Casinos, die zum Schutz der Spieler über ein sehr effizientes Sperrsystem verfügen, entzieht sich das illegale Internetspiel jeglicher Kontrolle. Bis jetzt gibt es keine technischen Möglichkeiten, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Deshalb hat sich die österreichische Bundesregierung kürzlich vorgenommen, Internet-Sperren bis 2020 technisch umzusetzen. Eine Studie soll prüfen, wie gefährlich das Internet-Spiel ist.

Auch die EU-Kommission hat in der Vergangenheit bereits mehrere Anläufe unternommen, um das Problem des grenzüberschreitenden Online-Glücksspiels in den Griff zu bekommen – bis jetzt leider erfolglos.

### **DIE EU WILL KEINE GLÜCKSSPIELMONOPOLE MEHR**

Bislang wird das Thema Glücksspiel in den verschiedenen Mitgliedsstaaten höchst unterschiedlich gehandhabt. Einige Länder verfügen über wettbewerbsverzerrende Glücksspiel-Monopole, die der Europäische Gerichtshof aber nach und nach zu Fall bringt. Andere wie etwa Malta sind die Heimat internationaler Online-Gambling-Unternehmen wie dem österreichisch-britischen Konzern bwin.party oder der ebenfalls in Österreich beheimateten bet-at-home, die sich auf die Dienstleistungsfreiheit ohne Grenzen der EU berufen.

In einem EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Schweden stellt die Brüsseler Wettbewerbsbehörde das Glücksspielmonopol des Landes in Frage. Denn einerseits verteidigt Schweden das Monopol, unternimmt aber gleichzeitig nichts gegen Anbieter aus dem Internet. Das Argument Spielerschutz ist daher wenig glaubwürdig, um den Glücksspielmarkt zu regulieren, argumentieren die EU-Beamten.

### **KAMPF GEGEN ILLEGALES ONLINE-SPIEL**

Auch im Finanzministerium in Wien wird der Kampf gegen das »illegale« Online-Spiel mit der Sorge um den Spielerschutz begründet. Derzeit läuft eine Evaluierung, wie man das Internet-Spiel sperren kann, die das Finanzministerium bei der Uni Graz in Auftrag gegeben hat. Im zweiten Quartal 2015 soll der Bericht vorliegen.

Eine weitere Baustelle der Glücksspielgesetzgebung stellt die Regelung von Karten-Poker dar. Seit 2011 versucht der Gesetzgeber das Pokerspiel in das Glücksspielgesetz zu integrieren – bislang allerdings mit mäßigem Erfolg. Ursprünglich sollte österreichweit nur eine einzige Pokerkonzession ausgeschrieben werden. 2012 und 2013 hob der Verfassungsgerichtshof entsprechende Regelungen im Gesetz auf. Auch die überarbeitete Version – es wurde auf landesweit drei Pokerkonzessionen aufgestockt – ist sowohl wirtschaftlich als auch technisch nicht umsetzbar.

Dies ist wohl auch der Grund, warum es bisher keine Ausschreibung der Poker-Konzessionen gibt. »Volkswirtschaftlich wäre es vernünftig, wenn man die Ausgestaltung der Pokerlizenzen nochmals evaluieren würde«, hört man unisono von Branchen-Experten. Eine Verlängerung der Übergangsfrist bis Ende 2020 könnte der Politik genügend Zeit einräumen, um für eine nachhaltige effiziente Regelung des österreichi-

sehen Glücksspielmarktes zu sorgen. Denn eine überstürzte Regelung hat auch hier zur Folge, dass die Spieler ins Internet abtauchen oder auf ein anderes Glücksspiel mit wesentlich höherem Risiko ausweichen. Derzeit besuchen monatlich mehr als 35.000 Personen eines der österreichischen Poker-Casinos.

Ein anderer wesentlicher Aspekt ist in der Glücksspiel-Diskussion überhaupt vernachlässigt worden: was tun mit den wegeregulierten Arbeitsplätzen und wie gleicht man wirtschaftliche Auswirkungen aus, wie z.B. Verluste von Steuereinnahmen oder positive Effekte für den heimischen Tourismus? So beschäftigt allein der größte österreichische Poker-Casino-Betreiber, die Concord Card Casinos, mehr als 600 Mitarbeiter. Das Unternehmen bringt seit vielen Jahren internationale Pokerturniere mit Top-Stars der Szene nach Wien. Im März 2015 fand eine Veranstaltung der World Poker Tour in Wien statt. Im Herbst macht die wichtigste europäische Pokerveranstaltungsserie, die EPT, in Österreich Station. Der dadurch erzielte volkswirtschaftliche Mehrwert ist enorm: allein durch ausländische Pokergäste gibt es 60.000 zusätzliche Hotel-Nachtigungen pro Jahr, 1/3 davon allein nur in Wien.

So hat auch das Verbot des Kleinen Glücksspiels in Wien wirtschaftliche Auswirkungen: Auch die nunmehr geschlossenen Automatenlokale hatten Beschäftigte, bis zu 50 Millionen an Steuereinnahmen fallen weg.

Auch die Hoffnung, dass mit der Schließung von Spiel-lokalen eine Aufwertung von Geschäftsstraßen erfolgen wird ist keineswegs selbstverständlich. Wie damit umzugehen ist, wenn diese Lokale etwa für Prostitution genutzt werden, bleibt abzuwarten. Die Männer werden auch dann weiter Schlange stehen. 

**ELISABETH WOLFBAUER-SCHINNERL**

ist Kommunikationsexpertin  
und freie Journalistin in Wien.



Los 21

ANDRÉ KERTÉSZ (1894–1985)

Satiric Dancer, Paris 1926

Silbergelatine-Abzug, geprintet ca. 1970

24,8 x 19,7 cm

Rücks. vom Fotografen signiert, beschriftet und datiert

# Wir müssen uns dem Urteil der Geschichte stellen

**Anlässlich des Staatsakts** zum 70. Jahrestag der Wiederentstehung der Republik am 27. April 1945 hielt Bundespräsident Heinz Fischer eine eindrucksvolle Festansprache, die wir in der ZUKUNFT dokumentieren wollen. Sie bringt nicht nur das in den letzten Jahrzehnten gewandelte Bewusstsein des offiziellen Österreichs über den Opfermythos zum Ausdruck und würdigt die enormen menschlichen und materiellen Opfer der Alliierten und insbesondere der Sowjetunion bei der Befreiung Österreichs vom Nazi-Faschismus. Sie enthält auch eine unmissverständliche Mahnung angesichts des Massensterbens im Mittelmeer: So wie wir heute noch darüber sprechen, wie Österreich die Flüchtlingsströme etwa in der Ungarn-Krise 1956 vorbildhaft bewältigt hat, so wird die Geschichte auch darüber richten, wie wir auf die Nachrichten von den tausenden vor den Küsten Europas ertrinkenden Flüchtlinge reagieren

**M**eine hochgeschätzten Damen und Herren! Wir feiern heute den 70. Geburtstag unserer Zweiten Republik und damit die Wiederherstellung eines selbständigen und demokratischen Österreich im April 1945. Wie dramatisch die Ereignisse damals waren, hat der Film von Hugo Portisch gezeigt, den wir so eben gesehen haben und für den wir Hugo Portisch und dem ORF sehr herzlich danken.

Vom März 1938 bis April 1945 war Österreich von der Landkarte gelöscht. Es waren Jahre einer unmenschlichen Diktatur, eines entsetzlichen Krieges und des unfassbaren Holocaust.

Aber es gab eine Wiedergeburt, als sich dieser Krieg dem Ende zuneigte, und die Diktatur des Nationalsozialismus zer schlagen wurde: Am 27. April 1945 wurde mit der Unabhängigkeitserklärung die Republik Österreich als selbständiger demokratischer Staat wiedererrichtet.

Diesem Tag des Neubeginns ist die heutige Feierstunde gewidmet. Eine Feierstunde, an der zum ersten Mal auch das Staatsoberhaupt eines Nachbarlandes, nämlich der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck teilnimmt, den ich hiermit besonders herzlich begrüße.

Ich empfinde es als einen besonderen Moment, dass wir diesen Geburtstag der Zweiten Republik gemeinsam mit dem

höchsten Repräsentanten jenes Landes begehen, mit dessen Geschichte wir in vielfältiger Weise so eng – zeitweise auch verhängnisvoll – verbunden waren, während wir heute mit neuem Selbstverständnis gemeinsam an einer friedlichen europäischen Zukunft arbeiten.

Ich begrüße mit großer Freude die Mitglieder der Österreichischen Bundesregierung mit Bundeskanzler Faymann und Vizekanzler Mitterlehner an der Spitze, deren Parteien, nämlich SPÖ und ÖVP, in diesen Tagen ebenfalls den 70. Jahrestag eines Neubeginns gefeiert haben. Ich begrüße die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften mit den Präsidentinnen von Nationalrat und Bundesrat an der Spitze. Ich heiße die Vertreter der Religionsgemeinschaften mit Kardinal Schönborn an der Spitze willkommen, und ich freue mich, dass zahlreiche verdiente Persönlichkeiten, die die Entwicklung unseres Landes in den vergangenen Jahrzehnten mitgestaltet haben, hier anwesend sind. Ich begrüße die Landeshauptleute, sowie weitere Vertreter der Bundesländer und der Gemeinden, die Mitglieder des Diplomatischen Corps, Vertreter des österreichischen Bundesheeres sowie alle weiteren Gäste aus dem In- und Ausland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Schuljahr 1944/1945 besuchte ich gerade die erste Klasse der Volksschule; zunächst in Pamhagen im Burgenland und dann in der kleinen Gemeinde Loich an der Pielach, wo meine Mutter mit meiner Schwester und mir bei einer Bäuerin ein Quar-

tier fand, als die Kampfhandlungen gegen Ende des Krieges immer bedrohlicher zunächst an die burgenländische Grenze und bald darauf an Wien heranrückten. Von den konkreten Ereignissen in Wien hatten wir damals wenig Ahnung, aber eines hat sich mir als Kind tief eingepägt: dass Krieg etwas ganz Entsetzliches ist, und dass Unrecht und Gewalt Zwillinge sind.

Am Freitag, dem 27. April 1945, an einem Tag, an dem in Teilen Österreichs noch gekämpft und in den Konzentrationslagern aber auch an vielen anderen Orten noch tausendfach (!) gemordet wurde, fand im Wiener Rathaus die von den Sowjets genehmigte konstituierende Sitzung einer Provisorischen Staatsregierung statt. An dieser waren SPÖ, ÖVP und KPÖ beteiligt. Provisorischer Staatskanzler war Karl Renner, dem drei Persönlichkeiten als Vertreter ihrer Gesinnungsgemeinschaften in einem Staatsrat zur Seite standen – und zwar: Dr. Adolf Schärf für die SPÖ, Ing. Leopold Figl für die ÖVP, und Johann Koplenig für die KPÖ.

Diese Provisorische Staatsregierung hat die schon erwähnte Proklamation über die Wiedererrichtung der demokratischen Republik Österreich erlassen, deren Original übrigens – wie mir Historiker versichern – unauffindbar ist.

In dieser Proklamation wurde der Anschluss an Hitlerdeutschland vom März 1938 »als null und nichtig« erklärt und Österreich als selbstständiger Staat wiederhergestellt. Dass der sowjetische Marschall Tolbuchin einige Tage vorher, am 15. April 1945, im Namen der Sowjetunion eine Erklärung veröffentlicht hatte, in der es wörtlich hieß: »Die Rote Armee wird dazu beitragen, dass in Österreich die Zustände wieder hergestellt werden, die bis zum Jahre 1938 in Österreich bestanden haben«, hat bei der Sozialdemokratie – wie Adolf Schärf berichtete – zunächst eine Schrecksekunde Schockzustand ausgelöst. Aber das Missverständnis konnte relativ rasch und einvernehmlich bereinigt werden.

In Wien konnte Ende April 1945 bereits gefeiert werden, aber erst am 8. Mai erfolgte die bedingungslose Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland und damit das Ende des Krieges in Europa. Mit dem Ende von Krieg und Diktatur und der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April war der Grundstein zur Errichtung unserer Zweiten Republik gelegt.

Aber noch nicht einmal der Baugrund war klar abgegrenzt und voll benutzbar. Österreich war von vier Alliierten Ar-

meen besetzt, die Grenze zu Jugoslawien zunächst umstritten. Zahlreiche Städte oder Stadtteile lagen in Schutt und Trümmern, die Infrastruktur war weitgehend zerstört und auf österreichischem Boden gab es zu dieser Zeit mehr als eine Million (!) Flüchtlinge und Heimatvertriebene. In Wien wusste man wenig über die Situation im Westen von Österreich und im Westen wusste man wenig über die Situation in Wien.

Noch weniger wusste man in Österreich darüber, was man in Washington, Moskau, London oder Paris über das künftige Schicksal Österreichs dachte und plante.

Trotz allem machte die Beseitigung der Kriegsschäden unglaubliche Fortschritte. Und auch der für die Zukunft entscheidende politische Wiederaufbau war höchst erfolgreich.

Die vier Alliierten haben nach den Länderkonferenzen vom Herbst 1945 und nach der Einbeziehung von Vertretern der westlichen und südlichen Bundesländer in die provisorische Staatsregierung diese anerkannt und schon im November 1945 gab es die ersten freien, demokratischen, gesamtösterreichischen Wahlen seit 1930.

Das Resultat dieser Wahlen, bei denen es einen Frauenanteil von ca. 65% gab, war sensationell: Von den damals 165 Mandaten erhielt die ÖVP 85, die SPÖ 76 und die KPÖ nur 4 Mandate. Damit war einer Machtübernahme der Kommunisten jede legale Basis entzogen. Leopold Figl wurde Bundeskanzler einer Dreiparteienkoalition, in der die Kommunisten nur ein Ministerium leiteten. Karl Renner wurde von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt.

Mit dem Rücktritt des kommunistischen Regierungsgliedes im Jahr 1947 begann die Koalition der beiden großen Parteien zu einer in der Zweiten Republik häufig praktizierten Regierungsform zu werden. Dieser Koalition lag und liegt der Gedanke zugrunde, man müsse aus Fehlern und Fehlentwicklungen der Ersten Republik lernen und Gemeinsamkeiten in den Vordergrund rücken. Dieser Gedanke hat auch zur Bildung eines überparteilichen Gewerkschaftsbundes und zur schrittweisen Entwicklung der Sozialpartnerschaft geführt.

Meine Damen und Herren!

Die politische und materielle Entwicklung der sieben Jahrzehnte seit 1945 kann insgesamt zweifellos als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden. Es war ein weiter, schwieriger Weg, der nicht frei von Fehlern und Versäumnissen geblieben

ist, die man im Rückblick auch leichter als solche erkennen kann und einbekennen soll.

Besonders erwähnt soll der Umgang mit der NS-Vergangenheit und mit Opfern der NS-Zeit werden, wobei aber auch der konkrete, zeitgeschichtliche Rahmen Beachtung finden muss.

Schon als Hitler nach einem unverschämten Ultimatum nur wenige Stunden später die Deutsche Wehrmacht am 12. März 1938 in Österreich einmarschieren ließ, und diese auf ihrem Marsch nach Wien und auch in Wien begeistert bejubelt wurde, entstanden zwei Betrachtungsweisen.

Die einen sagten, Österreich – und daher auch die Österreicherinnen und Österreicher – seien das erste Opfer Hitlers gewesen. Die Kurzfassung dieser weit verbreiteten Ansicht lautete: Das Übel des Nationalsozialismus kam von außen, die Befehle kamen von oben, und wir waren die Opfer.

Die anderen erinnerten daran, dass Hitler in Österreich mit größtem Jubel empfangen worden war, dass die Hakenkreuzfahnen an vielen Häusern schon angebracht wurden, bevor der erste deutsche Soldat österreichischen Boden betreten hatte und die Österreicherinnen und Österreicher daher an der weiteren Entwicklung, einschließlich der Verbrechen und Kriegsverbrechen, ihren entsprechenden Anteil an Schuld und Verantwortung zu tragen haben.

Die Wahrheit – zu deren klarer und unzweideutiger Formulierung Österreich allerdings lange gebraucht hat – lautet wohl: Viele Österreicherinnen und Österreicher waren ohne Zweifel Gegner und auch Opfer des NS-Systems, doch ein deprimierend großer Teil waren Sympathisanten, Unterstützer und auch rücksichtslose Täter. Dazu kommt, dass bewusstes Wegschauen, Gedankenlosigkeit oder Opportunismus es dem herrschenden Regime erleichtert haben, seine Ziele zu verfolgen und zu erreichen.

Das Wissen um diese Wahrheit ist es, das uns zu dem Grundsatz »Wehret den Anfängen« verpflichtet, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es war aber im Jahr 1945 und auch in den anschließenden Jahren offenbar sehr schwer, aus dieser Wahrheit konkrete Gerechtigkeit für eine riesige Zahl von Einzelfällen zu schaffen – und zwar sowohl was die Täter, als auch was die Opfer

betrifft. In manchen Fällen vielleicht auch deshalb, weil – wie Solschenizyn so richtig schreibt – die Trennlinie zwischen Gut und Böse nicht nur zwischen einzelnen Menschen verläuft, sondern häufig mitten durch das Herz ein und derselben Person.

Eines hätte jedoch von allem Anfang an klar sein müssen: Dass die neu gegründete Republik nicht nur die Pflicht hat, Kriegsverbrechen und andere Verbrechen zu verfolgen, sondern dass sie auch Verantwortung und Pflichten gegenüber jenen hat, die schweres Unrecht erlitten haben.

Zu diesen Pflichten hätte z. B. gehört, jenen Österreicherinnen und Österreicher, die von den Nationalsozialisten vertrieben und zur Emigration gezwungen wurden, nach dem Krieg die österreichische Staatsbürgerschaft automatisch zurückzugeben oder zumindest anzubieten. Dass dies nicht geschehen ist, war ein großes Unrecht, das vielen sehr wehgetan hat und erst sehr spät – und in vielen Fällen zu spät – erkannt wurde.

Aber letzten Endes ist es erkannt worden, was die Gesetzgebung der letzten zwei Jahrzehnte beweist, was die Errichtung des Nationalfonds für die Opfer des Nationalsozialismus oder die Entschädigung von Zwangsarbeitern beweist, sowie – wenn auch erst im vergangenen Jahr – die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der NS-Militärjustiz.

Sehr geehrte Damen und Herren! In den 70 Jahren seit der Gründung der Zweiten Republik konnten auch andere, zunächst sehr umstrittene Grundsatzfragen geklärt werden.

Hat es nicht lange Zeit Streit über die Frage gegeben, ob Österreich 1945 tatsächlich befreit wurde, oder ob es nicht eher aus der Unfreiheit in Großdeutschland in die Unfreiheit durch die Besatzungsmächte geraten ist?

Die klare Antwort lautet wie folgt: Österreich ist 1945 von einer unmenschlichen verbrecherischen Diktatur befreit worden. Die Alliierte Besatzung war zwar eine schwere, drückende Last mit Übergriffen, Menschenrechtsverletzungen und Willkürakten. Aber sie hat den Wiederaufbau Österreichs als demokratisches Land mit europäischen Werten nicht verhindert und damit den Weg von der Befreiung im Jahr 1945 zur vollen Freiheit im Staatsvertragsjahr 1955 ermöglicht. Unbestritten und anerkannt sind auch die gewaltigen menschlichen und materiellen Opfer, die von den Alliierten

und insbesondere auch von der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges zur Abwehr des Angriffskrieges von Hitler und ganz speziell auch zur Befreiung Wiens und anderer Teile Österreichs erbracht wurden.

Allein im Kampf um Wien sind mehr als 18.000 Sowjetsoldaten gefallen. Ich werde daher am 8. Mai – dem 70. Jahrestag des Kriegsendes – bei den sowjetischen Kriegsgräbern am Wiener Zentralfriedhof mit Militärischen Ehren einen Kranz niederlegen, um diese Opfer zu würdigen und in sichtbarer Weise zum Ausdruck bringen, dass sie unvergessen sind. Dass diese offizielle und feierliche Ehrung in Wien erfolgt und nicht im Rahmen einer Militärparade in Moskau, ändert nichts an unserer Dankbarkeit und am eindeutigen Inhalt dieser symbolischen Handlung.

Meine Damen und Herren!

Ich bin mir völlig sicher, dass uns die sieben Jahrzehnte seit 1945 gelehrt und bestätigt haben, dass die Demokratie die beste und menschenwürdigste Lebens- und Regierungsform ist. Sie mag Schwächen haben, ärgerliche Schwächen und Unzukömmlichkeiten, aber selbst eine Demokratie mit vielen Schwächen ist bekanntlich besser als die beste aller Diktaturen, wobei es für mich keine gute und erst recht keine beste Diktatur gibt.

Die Demokratie steht wiederum in engem Zusammenhang mit der Erkenntnis von der unveräußerlichen und unverletzlichen Individualität jedes einzelnen Menschen und seiner Menschenwürde.

Daher dürfen wir nicht nachlassen, zum Schutz der Menschenwürde an gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu arbeiten, die die Schwächsten in der Gesellschaft schützen, das Prinzip der Gleichwertigkeit aller Menschen mit Leben erfüllen und auf eine faire Verteilung der Lebens- und Entwicklungschancen hinarbeiten.

Diese Begriffe, nämlich Menschenwürde und Lebenschancen, kann man in diesen Tagen nicht aussprechen, ohne das Schicksal von Tausenden Männern, Frauen und Kindern im Kopf zu haben, die beim Versuch, als Flüchtlinge das Mittelmeer zu überqueren, ihr Leben aufs Spiel setzen und in allzu vielen Fällen auch verlieren. Der Bericht eines österreichischen Fernsehjournalisten über eine Frau, die beim Kentern eines Flüchtlingsbootes mit ihren vier kleinen Kindern ins kalte Wasser gestürzt ist, sich zunächst an einem Rettungsring

noch festhalten konnte, aber dann zusehen musste, wie eines nach dem anderen ihrer kleinen Kinder im kalten Wasser versunken und ertrunken ist, ist durch Mark und Bein gegangen.

Ich bin sicher, dass man noch in Jahrzehnten von diesen Flüchtlingskatastrophen, aber auch von der Art wie wir darauf reagiert haben, sprechen wird – so wie auch heute noch über den Umgang mit Flüchtlingen in der Nachkriegszeit gesprochen, diskutiert und geurteilt wird.

Das heißt, wir müssen uns dem Urteil der Geschichte stellen.

Meine Damen und Herren!

Zu den wichtigsten Konsequenzen aus der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges zählen einerseits die Gründung der Vereinten Nationen als Instrument zur Erhaltung des Weltfriedens, dann die universale Menschenrechtsdeklaration und – in Europa – die Bereitschaft zum schrittweisen Aufbau europäischer Zusammenarbeit, die inzwischen bis zu einer Europäischen Union mit 28 Mitgliedstaaten angewachsen und gediehen ist. Politische und ökonomische Rückschläge der letzten Jahre dürfen uns nicht entmutigen. Unsere Probleme sind lösbar. Denn das Gemeinsame hat mehr Substanz und Gewicht als das Trennende.

Gerade der Blick auf die letzten 70 Jahre in Österreich und Europa schafft Zuversicht, weil er zeigt, was alles möglich ist, wenn gemeinsamer Wille und gemeinsame Ziele vorhanden sind.

In diesem Sinne danke ich nochmals den Pionieren und Baumeistern unserer Zweiten Republik. Ich danke aber auch all jenen, die bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Staatsaktes geholfen haben. Ich danke dem Quartett des Radio Symphonie Orchesters für seine Mitwirkung. Ich danke Ihnen alle für Ihre Teilnahme und wünsche der Republik Österreich eine gute Zukunft in einem friedlichen Europa! 🍷

Der Text ist die schriftliche Fassung der Rede, die Bundespräsident **HEINZ FISCHER** am 27. April 2015 im Rahmen eines Staatsakts zur Gründung der Zweiten Republik in der Wiener Hofburg hielt.

# 12. WESTLICHT FOTO-AUKTION

12. Juni 2015, 18 h

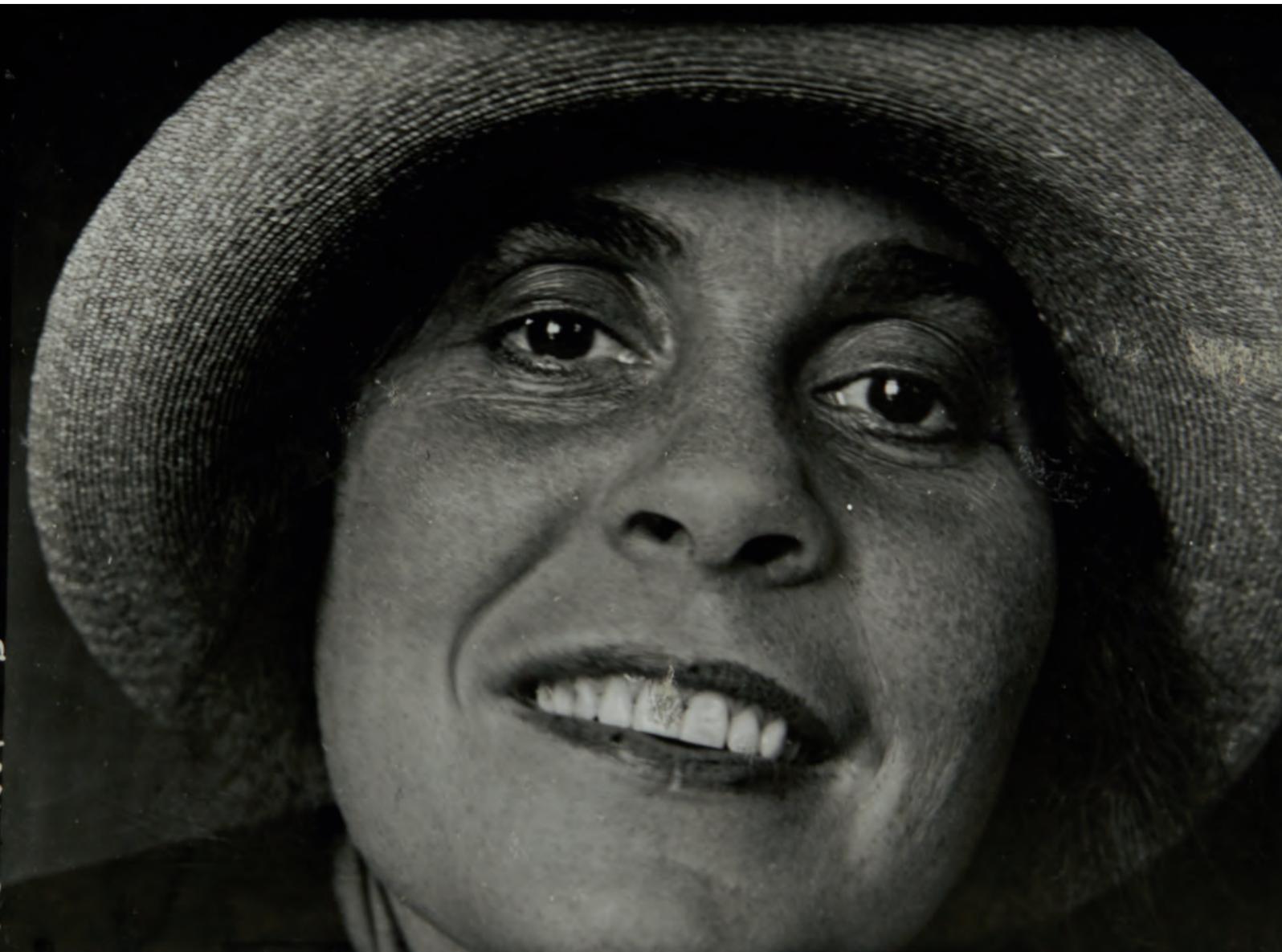
Preview der Foto-Auktion: 01.06. bis 12.06.2015  
täglich 14 bis 18 h

Eine Sammlung von über 150 Werken aus der russischen Avantgarde bildet den Schwerpunkt der kommenden Auktion am 12. Juni in Wien. Noch niemals angebotene Vintage-Prints von Alexander Rodtschenko, Jewgeni Chaldei, Max Alpert, Warwara Stepanowa, Gustav Klutsis, El Lissitzky u.a. sind vertreten.

Eines der vielen Highlights ist Alexander Rodtschenkos Fotografie von Lilja Brik (Los 189 Schätzpreis € 14.000 - 16.000 Euro) aus dem Jahr 1924. Brik war Regisseurin, Bildhauerin und die Geliebte des Futuristen Wladimir Majakowski. Pablo Neruda nannte sie die „Muse der Russischen Avantgarde“.

## **Westlicht**

Westbahnstraße 40  
1070 Wien



Los 189

ALEXANDER RODTSCHENKO (1891–1956)

Lilja Brik, UdSSR 1924

Silbergelatine-Abzug, geprintet in den 1950er / frühen 1960er Jahren

8,3 x 11,4 cm

Rücks. beschriftet "A. Rodchenko. Portrait of Lily Brik. 1924"

# Eine Zivilisationshaut

**Nicht nur die** Wiederentstehung der Republik und das Kriegsende in Europa durch die Kapitulation Nazi-Deutschlands, auch die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen jährte sich heuer zum 70. Mal. Bei der Gedenkveranstaltung im Parlament hielt die bedeutendste lebende Kinderbuchautorin Österreichs, Christine Nöstlinger, eine eindrucksvolle Rede, in der sie den »Nährboden, aus dem Gewalt erwächst« klar benannte. Wie sehr uns eine »Zivilisationshaut« vor der Wiederkehr unfassbarer Gewalttaten schütze, hänge maßgeblich davon ab, wie gut wir sie gesellschaftlich hegen und pflegen.

**A**ls das Konzentrationslager Mauthausen errichtet wurde, war ich fast zwei Jahre alt, als die letzten Überlebenden von der US-Armee befreit wurden, war ich acht Jahre alt. Man könnte also denken, dass in meinen Erinnerungen an diese Jahre das KZ-Mauthausen kein Thema wäre. Dem ist aber nicht so.

Das Wort Mauthausen kannte ich zwar nicht, den Ausdruck KZ aber sehr wohl. Unzählige Male hörte ich ihn, wenn meine Großmutter bei der Milchfrau oder beim Greißler auf die Nazis schimpfte. Dann hieß es, warnend geflüstert, entweder »Redens ihnen nicht um ihren Kopf« oder »Sie reden Ihnen noch ins KZ rein!«

Und fest eingepägt hat sich bei mir die Erinnerung daran: Mein Onkel, der »kleine Bruder« meiner Mutter ist zu Besuch. Er steht, groß und breit, in SS-Uniform neben meiner kleinen Mutter und sagt: »Ella, die Juden gehen alle durch den Rauchfang!«

Und meine kleine Mutter bekommt ihr rotes Zornesgesicht und gibt ihrem großen, kleinen Bruder eine Ohrfeige. Ich glaube, das war die einzige Ohrfeige, die meine friedliebende Mutter jemandem gegeben hat.

Was »durch den Rauchfang gehen« zu bedeuten hat, war mir natürlich nicht klar, nur, dass es etwas schrecklich Böses sein musste. Und von dem Tag an war mir auch klar, dass der Herr Fischl durch den Rauchfang gegangen ist. Der

Herr Fischl hatte bei uns in der Gasse eine Schusterwerkstatt gehabt, hatte Schuhe gedoppelt, neue Absätze gemacht und bei Schuhen die Kappen »vorgeschoben«, damals unter armen Leuten eine billige Lösung für schnell wachsende Kinderfüße.

Im Jahr 1938, kurz nach dem »Anschluss«, sah meine Mutter, von der Arbeit heim gehend, eine grausige Szene: SA-Männer hatten den Herrn Fischl aus dem Laden geholt und zwangen ihn, mit einer Zahnbürste drei weißen Pfeile, die Regime-Gegner aufs Pflaster gepinselt hatten, weg zu schrubben. Auf der Straße parkte ein LKW mit grinsenden SA-Männern auf der Ladefläche. Und um den knienden Herrn Fischl rum, standen Nachbarn und schauten belustigt zu.

Meine Mutter ging klopfenden Herzens auf der gegenüber liegenden Straßenseite vorbei. Später hörte sie, dass der Herr Fischl schließlich mit dem LKW abtransportiert worden war.

Ein paar Tage danach übernahm ein »arischer« Schuster Werkstatt und Wohnung vom Herrn Fischl. Und vom Herrn Fischl redete niemand mehr. Außer meiner Mutter! Sie erzählte mir und meiner Schwester immer wieder, was dem Herrn Fischl angetan worden war. Sie kam nicht damit zu recht, dass sie nicht eingegriffen hatte, und rechtfertigte sich jedes Mal vor sich selbst mit der Erklärung: »Hätt ich euch Kinder nicht daheim gehabt, wär ich rüber und hätt die Baggage vertrieben!«

In dem Alter, in dem ich damals war, muss man seine Mutter, noch dazu, wenn der Vater schon lange weit weg in Russland ist, für groß und stark, also für mächtig halten. Und dass sich Erwachsene manchmal selbst belügen, wusste ich noch nicht. Also war ich der Überzeugung, meine Mutter hätte den Herrn Fischl gerettet, hätte es mich nicht gegeben, und da ich auf meine Frage, wohin denn der Herr Fischl gebracht worden war, die karge Antwort »Na, ins KZ« erhielt, glaubte ich, am Tod des Herrn Fischl schuld zu sein.

Das unsinnige Schuldgefühl schwand erst, als ich merkte, dass meine Mutter weder stark noch mächtig, sondern klein und ziemlich hilflos war und gegen »die Bagage« nichts ausgerichtet hätte.

Frei von Schuld zu sein, heißt aber nicht, frei von Verantwortung zu sein!

Viele Menschen sind dieser Verantwortung gerecht geworden und haben als »Zeitzeugen« den nachfolgenden Generationen zu erzählen versucht, wohin Rassismus geführt hat, oder sich laut zu Wort gemeldet, wenn wieder gegen Minderheiten Stimmung gemacht wurde.

Leicht gemacht hat man ihnen das nicht immer. Vielen waren sie einfach zu unbequem. Sie störten beim Vergessen, beim Behaupten, völlig ahnungslos gewesen zu sein, beim Beklagen dessen, was man selbst im Krieg erlitten und verloren hatte, und vor allem beim selbstzufriedenen »Neuanfang«.

Im Interesse dieses »Neuanfangs« waren unsere Nachkriegsregierungen auch nicht besonders emsig bemüht, Täter der NS-Zeit zu verfolgen. Es waren – nüchtern betrachtet – einfach viel zu viele, um ohne sie einen funktionierenden Staat zu machen. Woher hätte man etwa nach Kriegsende auch ausreichend »unbelastete« Lehrer und Beamte nehmen sollen?

Auch die Anstrengungen, Juden und Antifaschisten, denen die Flucht ins Ausland geglückt war, heim zu holen, waren karg. Und zu überlegen, wie man Roma und Sinti, die überlebt hatten, besser integrieren könnte, war schon gar kein Anliegen.

Meine Generation und die meiner Kinder wurden also in einem Land groß, in dem Rassismus keineswegs bloß eine schlimme Erinnerung war, sondern nach wie vor Gesinnung sehr vieler, tradiert vor allem in den Familien.

Zum Positiven verändert hat sich da bis heute nicht allzu viel. Allerdings kommt nun Rassismus in einem anderen Mäntelchen daher. Begriffe wie Herrenrasse, Untermensch, Rassenschande und Endlösung, wagt niemand mehr zu sagen, und kaum wer zu denken. Da gibt es ein Tabu!

Heutiger Rassismus lehnt schlicht »alles Fremde« ab, sieht das eigene Volk durch »Überfremdung« in Gefahr, wittert sogar »Bevorzugung der Ausländer«, und meint – alles in allem: »Die wollen von uns leben, die wollen uns etwas wegnehmen!«

Wer so denkt, und unter gleich Gesinnten auch so redet, schmiert noch lange keine rassistischen Parolen, wirft keine jüdischen Grabsteine um, beschimpft keine Frauen, die Kopftuch tragen, verprügelt keinen Schwarzen und zündet kein Asylantenheim an. Aber den Menschen, die es tun, geben sie die Sicherheit, auch in ihrem Interesse zu agieren. Sie sind der Nährboden, aus dem Gewalt wächst.

Und die Auswahl an Minderheiten, gegen die man – im besten Fall – »etwas hat«, – im schlimmsten Fall – »etwas unternimmt« hat sich enorm gemehrt. Zu den tradierten Objekten für Ablehnung und Aggression kamen hinzu: Asylsuchende und Wirtschaftsflüchtlinge, ganz gleich woher sie kommen und Menschen mit Migrationshintergrund, ganz gleich, ob sie bereits österreichische Staatsbürger sind oder nicht. Und Menschen mit anderer Hautfarbe sowieso.

Allerdings schützt heute, im Gegensatz zum Rassismus der NS-Zeit, totale Assimilation vor Anfeindung. Und die große Mehrheit im Lande – fürchte ich – meint Assimilation, wenn sie »mehr Integration« fordert.

Man will sich das Fremde und Unbekannte nicht vertraut machen, sondern wünscht sich die Anpassung der Zugezogenen an die hierorts übliche Lebensweise; was aber in den seltensten Fällen passiert. Also ergeben sich Probleme beim Zusammenleben mit Menschen aus fremden Kulturen. Darauf zu warten, dass diese Probleme mit der Zeit kleiner werden, durch zunehmende Toleranz der Alteingesessenen und zunehmende Anpassung der Zugezogenen, war sichtlich lange Zeit ein Rezept vieler unserer Politiker. Oft hat dieses Rezept tatsächlich gewirkt, aber zumindest genauso oft hat es versagt. Was versäumt wurde, müssen wir jetzt nachholen. Kindergartenpflicht und Ganztags-Schulen etwa. Dazu Kindergarten-Pädagoginnen, die dazu wirklich ausgebildet sind, Kindern mit einer anderen Muttersprache so gut Deutsch zu

lehren, dass sie, in die Schule gekommen, annähernd die gleiche Sprachkompetenz und somit auch annähernd die gleichen Chancen auf Bildung haben. Nur so verhindert man das Entstehen von Parallelgesellschaften auf Unterschichtsniveau.

Und ebenso ist bessere Bildung das einzige brauchbare Mittel zur Aufweichung von hart verkrusteten rassistischen Vorurteilen in der hiesigen Mehrheitsbevölkerung.

Denn: Wer nichts weiß, muss alles glauben. Auch den größten Unsinn und die schamlosesten Verdrehungen.

Wobei allerdings die Frage bleibt, warum so viele Menschen lieber den Rassisten glauben, als denen, die sagen, dass friedliches Nebeneinander, wenn schon nicht Miteinander, möglich sei.

Vielleicht ist es ja so: Über den allgemein bekannten sieben Hautschichten hat der Mensch als achte Schicht eine Zivilisationshaut. Mit der kommt er nicht zur Welt. Die wächst ihm ab Geburt. Dicker oder dünner, je nachdem wie sie gepflegt und gehegt wird. Versorgt man sie nicht gut, bleibt sie dünn und reißt schnell auf, und was aus den Rissen wuchert, könnte zu Folgen führen, von denen es dann betreten wieder einmal heißt: »Das hat doch niemand gewollt!« 

Der Text ist die schriftliche Fassung der Rede, die **CHRISTINE NÖSTLINGER** am 5. Mai 2015 im Rahmen der Gedenkveranstaltung vor dem Hintergrund 70 Jahre Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen im Historischen Sitzungssaal des Parlaments hielt.



Los 72

HENRI CARTIER-BRESSON (1908–2004)

Henri Matisse, Vence Februar 1944

Silbergelatine-Abzug, Vintage

17,5 x 25 cm

Rücks. Fotografenstempel, "MENTION OBLIGATOIRE" Stempel und diverse  
handschriftliche Vermerke

# Direkt die Demokratie erneuern – oder eher damit abschaffen?

**Direkte Demokratie** gilt vielfach als plausible Möglichkeit zur Ausweitung und Erneuerung der Demokratie sowie als Ausweg aus der Entkoppelung von demokratischen Institutionen und politischer Repräsentation. Auch in Österreich ist die Debatte mittlerweile stark verankert, wie Daniel Lehner in seiner Kritik an den Implikationen gegenwärtiger direktdemokratischer Verfahren darstellt.

**K**ritik an der bürgerlich-liberalen Demokratie ist so alt wie diese selbst. Demokratie lebt auch von dieser steten Selbstkritik, ermöglicht diese doch Erneuerung und Rückbesinnung gleichermaßen. Ein argumentativer Kritikstrang gruppiert sich aktuell um Forderungen nach mehr »direkter Demokratie«: Über mehr direkte Mitsprache der BürgerInnen und des Volkes solle, so die Hoffnung, die anhaltende Krise der politischen Repräsentation überwunden werden. Dieser Diskurs der »Direkten Demokratie« ist auch in der aktuellen Enquete-Kommission sehr präsent, die noch bis in den Sommer im österreichischen Nationalrat zur »Stärkung der Demokratie« tagt.

## KRISE DER POLITISCHEN REPRÄSENTATION

Unser politisches System, so tönt es vielerorts, stecke in der Krise: Aus liberal-konservativer Ecke heißt es, dass man nicht mehr rasch regieren könne und »notwendige Strukturreformen« ständig u.a. dadurch verhindert würden, dass ständig irgendwo Wahlen stattfänden. Vielleicht könne hier ein »Superwahlsonntag« (alle Landtagswahlen an einem Tag) oder ein Mehrheitswahlrecht Abhilfe schaffen, verzögerten doch sowohl Wahlauseinandersetzungen als auch eine mühselige Kompromissuche auf parlamentarischer Ebene »vernünftige Entscheidungen«. Konstatiert wird eine Unregierbarkeit der politischen Verhältnisse. Gleichzeitig entstehen neue, temporäre politische Akteure wie Wutbürger oder BürgerInneninitiativen, die ein generelles Wehklagen über eine angebliche Abgehobenheit und Bürgerferne der etablierten Parteien bzw. »der Politik« anstimmen und einer Politik(erInnen)verdrossenheit das Wort reden, zu deren Überwindung sie eigentlich auch angetreten wären. Andernorts herrscht Apathie gegenüber den ewig gleichen politik-medialen Stehsätzen der of-

fiziellen PolitikerInnen. Das Publikum – als welches es auch von den Professionellen adressiert wird – wendet sich ab oder erst gar nicht zu, weil es aufgrund von Massenarbeitslosigkeit, Prekarisierung und der Suche nach einer leistbaren Wohnung keine Zeit und Lust hat, sich mit parteipolitischen Ränkespielchen zu beschäftigen. Die Wahlbeteiligungen sinken, weil der Glaube an eine grundsätzliche Veränderbarkeit über Wahlen schwindet. Ganze (sozialdemokratische) Parteien verlassen die Bühne der politischen Repräsentation, weil sie Krisenpolitik im Interesse der herrschenden Klassen betrieben haben – was mit dem neuen Begriff der PASOKisierung schon jetzt als Bedrohung für andere Parteien europaweit umhergeistert. Gleichzeitig kommt es in den urbanen Zentren Europas immer wieder zu intensivierten, sozialen Auseinandersetzungen.

Das Unbehagen an der aktuellen Verfasstheit unserer liberal-demokratischen politischen Systeme nimmt demnach verschiedene Formen an, wobei sich all diese neuen Praktiken, AkteurInnen und Diskurse als Ausdruck einer Krise der politischen Repräsentation deuten lassen. Es sind Suchbewegungen nach anderen Repräsentationsräumen und AkteurInnen, ebenso wie Abkehrprozesse von der politischen Bühne überhaupt. Das Repräsentations- und Delegationsverhältnis zwischen Wahlvolk und der professionellen, politischen Klasse wird brüchig und volatil und die Distanz zwischen Regierenden und Regierten wächst: »Die erodierende Repräsentation durch Parteien wird zunehmend durch flexiblere Formen der Repräsentation und medial vermittelte, kampagnenförmige Konsensproduktion ersetzt.« (Bader et al. 2011, 23)

In die Lücken dieser politischen Repräsentation stoßen im Zuge – und auch als Folge – der herrschenden, ökonomi-

schen Krisenbearbeitungen auch nationalistische, rassistische oder fundamentalistische AkteurInnen, die mitunter zentrale Bausteine eines neuen, kapitalistischen Autoritarismus ausbilden. Trotz dieser besorgten, kritischen und auch stark abwertenden Blicke auf den Zustand unserer repräsentativen Demokratie und ihrer Institutionen, bleiben letztere formell weitgehend bestehen und auch stabil, wiewohl die politischen Entscheidungsprozesse auch im Zuge der herrschenden Krisenbearbeitung zunehmend undemokratischer werden und von demokratisch nicht legitimierten Einrichtungen (u.a. Troika), informellen Gremien oder Gerichten getroffen werden: Durch eine Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse in den letzten 40 Jahren hin zu den nationalen wie internationalen ökonomisch herrschenden Klassen sind deren Politiken – die aktuelle Austeritätspolitik als Disziplinierung und Senkung staatlicher Ausgaben sowie Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit mittels Schaffung eines Investitionsklimas – schlichtweg immer weniger darauf angewiesen, auf der Ebene der politischen Repräsentation und der Parlamente Konsens herzustellen, d. h. auch Kompromisse mit verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen einzugehen. Einerseits schwächt das natürlich sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften. Andererseits schwächt dieser Machtverlust auch die in den 1970er- und 1980er-Jahren noch stabilen Repräsentationsbeziehungen zwischen den unteren und mittleren Klassen und ebendiesen (Volks-)Parteien. Der soziale Raum der politischen Repräsentation wird brüchiger, lückenhafter und unvorhersehbarer.

## DEMOKRATIE STÄRKEN, ABER WIE?

Die Geschichte der Demokratie ist nicht nur die Geschichte ihrer Krisen. Mehr noch: Demokratische Gesellschaften, »die sich institutionell auf die Versprechen von Volkssouveränität, Herrschaftskontrolle, Gleichberechtigung, Freiheit und Optionalität beziehen« (Linden/Thaa 2011, 11), bergen immer auch die Gefahr ihrer eigenen Selbstabschaffung in sich (z. B. Weimarer Republik). Gerade deshalb bleibt Demokratie ein riskantes und umkämpftes Abenteuer mit stets ungewissem Ausgang. Gerade deshalb muss der Einsatz für eine weitere Demokratisierung sozialer Verhältnisse Kern emanzipatorischer Bestrebungen sein: So kann möglichen autokratischen Restaurationen präventiv entgegengetreten werden.

Die Stärke der Demokratie liegt nun auch darin, dass sie selbst den Raum öffnet, in dem Fragen der Demokratie selbst aufs Tapet gebracht werden. Eine parlamentarische Enquete-Kommission des Nationalrats zum Thema »Stärkung der De-

mokratie in Österreich« bietet gerade eine solche Möglichkeit der demokratischen Selbstreflexion. Unzählige Themen ließen sich nun in Zusammenhang mit Demokratie diskutieren: Volkssouveränität, Legitimität, Macht, Gleichheit, Repräsentation, Stärkung des Parlaments oder Mechanismen der Entscheidungsfindung. Die im Herbst 2014 eingesetzte Enquete-Kommission diskutiert vor allem Fragen der direkten Demokratie. So heißt es im Koalitionsübereinkommen der SPÖ-ÖVP-Regierung aus dem Jahr 2013 unter der Überschrift »Direkte Demokratie stärken« als Zielformulierung: »Politische Entscheidungsprozesse sollen näher an die Wählerinnen und an den Wähler herangeführt und transparenter gestaltet werden. Dazu sind die bestehenden Instrumente der parlamentarischen Kontrolle und Mitbestimmung durch die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger auszubauen und damit der Parlamentarismus zu stärken.« Es gehe um eine »sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch direkt demokratische Einrichtungen«, wobei das Ziel einerseits sei, die bestehenden direkt demokratischen Einrichtungen (bekanntlich: Volksabstimmung, Volksbefragung und Volksbegehren) zeitgemäßer zu gestalten, als es auch andererseits darum gehe, den parlamentarischen Beratungen genügend Stellenwert einzuräumen.

Die Kommission tagt nun seit Dezember 2014 einmal monatlich, wobei alle Sitzungen live übertragen werden und zusätzlich zu den 18 Kommissionsmitgliedern der Parteien auch erstmals acht BürgerInnen Rederecht haben. Ausgangspunkt der Diskussion ist der Antrag 2177/A aus der letzten Gesetzgebungsperiode. Dieser Antrag – das »Demokratiepaket 2013« – wurde Mitte 2013 nach einer vom Verfassungsausschuss eingeleiteten Begutachtung in Form eines von SPÖ, ÖVP und Grünen vorgelegten Abänderungsantrags und eines Ausschussantrags umfassend überarbeitet, kam aber aufgrund der Nationalratswahl nicht mehr zur weiteren Behandlung. Die Kommission greift deshalb diesen Antrag wieder auf und diskutiert ihn weiter. Aber was ist im Kern darin enthalten?

Erfolgreiche Volksbegehren sollen zukünftig bei einer Unterstützung von mehr als 10% der Wahlberechtigten – bzw. 15% im Fall von Verfassungsgesetzen – einer Volksbefragung unterzogen werden, falls das Parlament den Forderungen nicht folgt. Zusätzlich sieht der Antrag vor, dass jedes erfolgreiche Volksbegehren in einer eigenen Nationalratssitzung zu behandeln ist, wobei auch den InitiatorInnen des Volksbegehrens ein Rederecht zukommen sollte. Der letzte Punkt scheint jedenfalls sinnvoll, drückt sich doch gerade in der meist statt-

finden »Schubladisierung« von Volksbegehren durch die gewählten RepräsentantInnen durchaus eine Abgehobenheit gegenüber den Tätigkeiten und Interessen der Bevölkerung aus. Das demokratie- und repräsentationstheoretische Problem ist im ersten Punkte angelegt, besteht doch über den angedachten Automatismus einer zwingenden Volksbefragung die Gefahr, dass Parteien ihren Fokus weniger auf die parlamentarische Arbeit und politische Auseinandersetzung selbst richten, sondern Gesetzesinitiativen vermehrt über mediale Kampagnen und Volksbegehren vorantreiben wollen. Initiativen, die in dem neuen Setting durchaus die Aussicht auf Erfolg hätten, auch gegen eine Mehrheit im Nationalrat sich durchzusetzen. Von der intendierten Stärkung des Parlamentarismus über eine Stärkung direkt demokratischer Verfahren wären wir dann weit entfernt. Dazu später mehr.

Zuallererst ist es aber notwendig, den Hoffnungshorizont zu problematisieren, der mit den Konzepten direkter Demokratie verknüpft ist und der in so vielen Stellungnahmen in der Enquete-Kommission auch implizit durchschimmert. Direkte Demokratie wird oft als Allheilmittel für alle Probleme angepriesen, auch wenn diese dem politischen System selbst angeeignet werden. Pauschale Kritik an Repräsentation, Parteien und Delegationsprozessen wird verbunden mit einer Vorstellung völliger Transparenz, wodurch der Bürger Zugang zu allerlei Wissen hätte, um eine informierte Entscheidung treffen zu können. Im Diskurs der direkten Demokratie kommt es zu einer Fetischisierung von Unmittelbarkeit. Diese drückt sich erstens in der Propagandierung von BürgerInnennähe aus und schlägt sich zweitens im Volksbegriff nieder: Das Volk müsse bei sich selbst sein und unverzerrt seinen Willen zum Ausdruck bringen können. Hier gibt es keinen Platz mehr für Widersprüchlichkeit, Deliberation oder Raum für Reversionen. Hoffnung wird oftmals auf ein nicht näher spezifiziertes »Schweizer Modell« gesetzt. Demokratie wird schließlich in diesem Diskurs gleichgesetzt mit einer Abfolge von Entscheidungen, die jede/r zu treffen hätte als BürgerIn und als Teil des Volkes. Für Gruppen, Klassen und hegemoniale Kämpfe ist in diesem Modell ebensowenig Platz wie für Macht- und Herrschaftsverhältnisse – es gibt ja nur Individuen, Entscheidungen und Informationen.

### DIREKT AUTORITÄRE TENDENZEN STÄRKEN?

Dieser – zur Verständlichkeit – extrem komprimierte Diskurs der direkten Demokratie kann daher als beides betrachtet werden: Er ist sowohl Ausdruck der anhaltenden Krise der politischen Repräsentation als auch gleichzeitig Protest da-

gegen. Er ist Ergebnis einer politischen Distanzierung, die postdemokratische Verhältnisse problematisieren will und ihre Kritik am Verlust demokratischer Souveränität aufzuhängen versucht. Seine AkteurInnen legen zwar zurecht die Finger in die offenen Wunden des aktuellen politischen Systems, aber durch die weitgehende Abwesenheit eines Macht- und Herrschaftsbegriffes gleiten die einzelnen Vorschläge in einen technokratischen Prozeduralismus ab, der in Gefahr läuft, autokratische, rechts-nationalistische Strömungen legitimato- risch zu grundieren: Im Namen der Demokratie und eines abstrahierten – von der politischen Rechten als ethnisch- identisch gedachten – »Volkes« wird demokratische Repräsentation und Parlamentarismus indirekt angegriffen und ersetzt durch eine Hoffnung auf einen direkten Entscheidungszugriff »des Bürgers« auf politische Fragen der Regierung.

Direkte Demokratie ist hier ein Vehikel, um in einer »plebiszitären Führerdemokratie« (Weber) eine charismatische Persönlichkeit der Exekutive mit direkter Legitimität (regelmäßige Abstimmungen über von oben vorgegebene Fragen) auszustatten – ohne parlamentarische oder parteiische Räume für Deliberation, Revision oder Selbstproblematisierung. Natürlich ist das ein rechtes Horrorszenario. Aber auch angesichts einer politischen Kultur, in der Volksbegehren hauptsächlich zur Mobilisierung von Parteien eingesetzt werden, ist der Gedanke nicht weit, dass eine charismatische Führungsperson – Hand in Hand mit einzelnen Kapitalfraktionen und/oder den Boulevardzeitungen – gerade über sogenannte direktdemokratische Entscheidungen Exekutivmacht stärken will und schrittweise Elemente autoritärer Staatlichkeit ausdehnen könnte. Dass diese Mobilisierungen für eine Abstimmung über ein Gesetz dann auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen würden (Arbeitslose, MigrantInnen, etc.), verstünde sich von selbst – immer vorgetragen im Namen der Demokratie, des Volkes oder mit Verweis auf eine angebliche Unregierbarkeit sozialer Verhältnisse.

Es handelt sich um eine von manch direkt-demokratischer Idee ausgehende Gefahr, dass die teils legitime Kritik an der Verfasstheit unserer liberal-demokratischen Staaten umschlägt in eine parteien- und repräsentationsfeindliche Haltung, die antidemokratische und rechtsnationalistische Tendenzen unterfüttert und nebenher noch die politische Macht jener Millionäre und Milliardäre stärkt, die solche Kampagnen finanzieren können. Verfahren direkter Demokratie wären dann wahlweise Instrumente autokratischer und/oder kapitalistischer DemagogInnen zur Durchsetzung egoistischer Parti-

kularinteressen, die die Macht der Parlamente als letzte Entscheidungsinstanz der Willensbildung noch mehr aushöhlen.

## MAJORITÄRE MINORITÄTEN

Natürlich, die Debatten (nachlesbar unter [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)) in der Enquete-Kommission des Nationalrats zur »Stärkung der Demokratie« verhandeln Fragen von Repräsentation, Macht, Mitbestimmung, Regierung und politischer Gleichheit nicht in dieser dystopischen Drastik. Aber auch in dem zur Diskussion stehenden Antrag 2177/A geht es im Kern um eine potentielle Schwächung der parlamentarischen Demokratie bzw. des Nationalrats, indem möglicherweise eine Mehrheit der BürgerInnen (in der Volksbefragung) ein Gesetz gegen die Mehrheit der Abgeordneten durchbringen könnte. Der Antrag sieht ja, wie erwähnt, eine notwendige Volksbefragung dann vor, wenn es ein ausreichend unterstütztes Volksbegehren gibt und der Nationalrat kein diesem Begehren entsprechendes Gesetz erlässt. Nachdem keine Mindestteilnahme an der Volksbefragung vorgesehen ist und diese zwar formal keine verbindlichen Charakter für einen Beschluss im Nationalrat hat, de facto aber angesichts des damit verknüpften polit-medialen Druckes fast einer Volksabstimmung gleichkommt, kann ein solche Ausdehnung direkt-demokratischer Möglichkeiten dazu führen, »dass ein – gemessen an der Gesamtbevölkerung, die in einem allgemeinen Vertretungskörper wie dem Nationalrat oder dem Landtag vertreten ist – sehr kleiner Ausschnitt aus der Bevölkerung, sehr spezialisiert, sehr fokussiert auf eine Thema, die Gesetzgebung in der Republik Österreich bestimmen könnte« (Sektionschef Hesse vom Verfassungsdienst des BKA).

Das ist der Knackpunkt, um den es geht: Bilden Verfahren der direkten Demokratie eine Ergänzung zur repräsentativen Demokratie oder schwächen sie potentiell die gewählte Volksvertretung, indem sie parallele Wege der »Volksgesetzgebung« – wie die Grünen oder Freiheitlichen sie propagieren – etablieren? In eine ähnliche Richtung gehen die sogenannten Veto-Volksabstimmungen, mittels derer eine Mehrheit der Abstimmenden die Mehrheit im Nationalrat overrulen und das von letzterer beschlossene Gesetz wiederum aushebeln könnte.

## SOZIALE BEDINGUNGEN POLITISCHER PARTIZIPATION

Verhandelt wird in diesen oft technischen Debatten in der Enquete-Kommission somit die Stellung und Macht des gewählten Nationalrats im verfassungsrechtlichen Gefüge der

Republik Österreich – und damit auch die Frage des Stellenwerts der Nationalratswahl. Und wie die Ergebnisse der politischen Partizipationsforschung zeigen, sind Wahlen immer noch die egalitärste Form der politischen Beteiligung: Die Interessen der sozial Schwächeren und Benachteiligten finden über Wahlgänge immer noch mit einer höheren Wahrscheinlichkeit Eingang in das politische System als über direktdemokratische Beteiligungsformen. In letzteren formulieren vornehmlich bildungs- und einkommensstarke Gruppen und Allianzen ihre Anliegen, womit diese in den hegemonialen Auseinandersetzungen über temporäre Mehrheiten (BürgerInnenbefragung, Volksbefragung) privilegiert sind. »Die verstärkten zivilgesellschaftlichen Aktivitäten verschärfen gerade die Exklusionskrankheit unserer Demokratie, die sie eigentlich heilen soll.« (Merkel/Petring 2011, 9) Soll heißen: Oftmals gehypte Instrumente politischer Partizipation bilden mitnichten die politischen Gemengelage authentischer oder repräsentativer ab, sondern können umgekehrt dazu führen, dass die Interessen der medial Unerhörten und ökonomisch Abgehängten noch weniger als bisher schon Berücksichtigung finden.

Je aufwendiger, anspruchsvoller und zeitintensiver direktdemokratische Partizipationsformen konzipiert sind, desto eher finden sich dort Personen mit hohem Einkommen, hohen Bildungsabschlüssen und mehr Tagesfreizeit aktiv ein. Politikwissenschaftlicher Klassiker ist mittlerweile das Beispiel Hamburg: 2010 scheiterte eine von Schwarz-Grün eingeleitete und dann von der ganzen, gewählten Vertretung beschlossene Bildungsreform – die Verlängerung der gemeinsamen Schulphase von 4 auf 6 Jahren – an einem Volksentscheid, in dem sich eine BürgerInneninitiative durchsetzen konnte, in der er sich v.a. jene im Namen der »Entscheidungsfreiheit« organisierten, deren Kinder vom selektiven Bildungssystem profitieren (Töller et al. 2010). Die Partikularinteressen einer privilegierten Gruppe hebelten so ein an sich sinnvolles Reformvorhaben gegen die gewählte Vertretung aus, von dem besonders bildungsferne Kinder profitiert hätten.

Fragen nach den sozialen Bedingungen politischer Partizipation und Repräsentation gilt es aber nicht nur bei direkt-demokratischen Prozessen zu stellen, sondern auch bei anderen, immer wieder auftauchenden Debatten über das hiesige Wahlsystem, wie etwa die Frage nach einem Mehrheitswahlrecht, einer Stärkung des Persönlichkeitswahlrechts oder der beobachtbaren, verstärkten Auslagerung von Entscheidungen gewählter RepräsentantInnen an Bürgerbefragungen

oder Grätzel-Abstimmungen. Es ist z. B. wahrscheinlich, dass in einer ungleichen Gesellschaft wie der unseren, in der sich Klassenverhältnisse, Geschlechterverhältnisse und rassistische Strukturen auf vielfache Weise verdichten und reproduktiv verstärken, der weiße, heterosexuelle, reiche Mann am ehesten von einem Persönlichkeitswahlrecht profitiert.

### DEMOKRATISIERUNG SOZIALER MACHTVERHÄLTNISSE!

Nicht missverstehen: Es geht nicht darum, Rufe nach mehr Partizipation, Demokratie oder Inklusion an sich zu diskreditieren. Aber manchmal kehrt sich der darin eingelassene gute Wille ins Gegenteil, insbesondere dann, wenn Fragen nach der sozialen Bedingtheit politischer Teilhabe nicht mitgestellt werden: Wer nützt Möglichkeiten direkter Demokratie? Wem nützen die Instrumente direkter Demokratie? Welche Interessen und Meinungen fließen in das Verfahren ein und welche Personen und Schichten profitieren von den Entscheidungen?

Es ist zu berücksichtigen, dass alle Verfahren politischer Mitbestimmung immer innerhalb einer von Macht- und Herrschaftsverhältnissen durchzogenen Gesellschaft Anwendung finden, von der eben nicht abstrahiert werden kann. Der politische gleiche citizen ist immer auch sozial ungleicher bourgeois oder prolétaire. Für eine emanzipatorische Bewegung muss daher bei der Beurteilung eines »direkt demokratischen« Verfahrens immer auch eine Rolle spielen, ob und inwieweit diese Möglichkeiten für einen Transmissionsrahmen und Knotenpunkte einer egalitären Transformation ebendieser Macht- und Herrschaftsverhältnisse sein kann.

Eine »Stärkung der Demokratie« bedeutet ja als ArbeiterInnenbewegung zuallererst die kollektive Anstrengung einer Demokratisierung sozialer Ungleichheitsverhältnisse. Das ist Aufgabe und Funktion einer demokratischen Partei als Massenorganisation, die die Idee der politischen und sozialen Gleichheit aufnimmt, weiterträgt und in allen sozialen Feldern als demokratische Mitbestimmung aller verwirklicht sehen will: in der Ökonomie, in der Schule, in der Lehrwerkstätte, in den Staatsapparaten, etc. Hier braucht es z. B. den gemeinsamen Einsatz für mehr Mitsprache, für ein inklusives Wahlrecht, für einen leichteren Zugang zur StaatsbürgerInnenenschaft und für eine Demokratisierung des Wirtschaftssystems, damit alle auch auf genügend (Zeit-)Ressourcen zurückgreifen können, um politisch partizipieren zu können. Demokratie ist dann nicht mehr ein bloßes Abstimmungsverfahren oder ein formaler Rahmen, der Meinungen summiert,

sondern Demokratie als »Lebensform« (Negt 2010) hat eine Tiefendimension, weil sie als soziale Demokratie an der gesamtgesellschaftlichen Umsetzung des egalitären Versprechens arbeitet. Soziale Gleichheit und politische Gleichheit bedingen sich gegenseitig und verstärken sich. Soziale Demokratie gibt es nur mit politischer Demokratie und vice versa.

### PARTEIENDEMOKRATIE

Es war und ist die Funktion einer demokratischen, emanzipatorischen Massenpartei, dass sie den Ort des Zusammenkommens und den Rahmen für die Willensbildung jener bildet, die innerhalb der kapitalistischen Ökonomie kein Gehör und keine Stimme finden und aus den bürgerlich-liberalen Diskussionen innerhalb wie außerhalb der Parlamente systematisch ausgeschlossen sind. Kurz gesagt: Die sozialdemokratische Partei organisiert, konkretisiert und artikuliert die Interessen der Ausgebeuteten, der LohnarbeiterInnen, der Frauen, der MigrantInnen, etc. gesamtgesellschaftlich und stellt mittels Wahlen auch die Repräsentation dieser Interessensgruppen in der institutionalisierten Demokratie sicher.

Vertreten und ermächtigt werden jene, die es sich nicht über Geld und Kontakte »richten können«. Wenn nun aber Wahlen – und das zeigt die Empirie – immer noch die inklusivste Möglichkeit der politischen Partizipation sind, sollte der Fokus bei einer »Stärkung der Demokratie« weniger auf technische Möglichkeiten »direkt-demokratischer Verfahren« gerichtet werden, sondern auf einer Demokratisierung und Stärkung der eigenen Partei liegen (vgl. Konečný 2013). Nur über einen Mix aus Neuausrichtung, Selbstverständigung und Rückbesinnung können verstärkt wieder jene Ausgeschlossenen politisch angesprochen und aktiv eingegliedert werden, deren Interessen im aktuellen politischen Geschehen meist verlustigt gehen. Es geht um die Teilhabe und Teilnahme aller und eine Politik, die sich konsequent an der politischen und sozialen Gleichheit orientiert (z. B. beste Gesundheitsversorgung für alle; Mobilität als Grundrecht; Wahlrecht für alle; etc.), gewinnt nicht nur wieder Mehrheiten und stiftet Hoffnung, sondern erhöht auch im Endeffekt die Wahlbeteiligung.

Es ist ja kein Zufall, dass in den letzten Jahren, in denen eine »Refeudalisierung« (Neckel 2012) sozialer Verhältnisse zu beobachten ist und die soziale Frage mit erneuerter Vehemenz zu Tage tritt, die Wahlbeteiligung an bundesweiten Wahlen gesunken ist, während parallel dazu der Diskurs über »direkte Demokratie« an Einfluss gewonnen hat. Es geht um Klassenverhältnisse und deren selektive Repräsentation im politischen

Feld und im Staat: »Für die Demokratie besteht die Gefahr einer niedrigen und sozial ungleichen Wahlbeteiligung darin, dass die Politik sich an den sozial Bessergestellten orientieren könnte, die nicht nur weiterhin wählen, sondern auch andere Wege nutzen, ihre Anliegen zur Sprache zu bringen, während sozial Benachteiligte weder das Eine noch das Andere in gleichem Umfang tun.« (Schäfer 2013, 46). Diese anderen Wege sind Single-Issue-Bewegungen wie NGOs, kapitalgestützte BürgerInneninitiativen oder Kampagnen in Massenmedien. Oder aber Milliardäre investieren gleich direkt auf der Ebene politischer Repräsentation, um ihre Interessen unvermittelt zur Geltung zu bringen (Team Stronach, Neos).

## FAZIT

Die direktdemokratische Forderung nach mehr Demokratie, Transparenz und Partizipation gerinnt zu einem hilflosen Appell, wenn sie nicht mit Analysen sozialer Machtverhältnisse einhergeht, auf eine Aufwertung der Parlamente (gegenüber der Exekutive) abzielt und sich in ein egalitaristisches Narrativ einschreibt. Während die ApologetInnen der »direkten Demokratie« hoffnungsfroh die Figur des »Bürgers« oder des »Volkes« anrufen, sollte das Subjekt progressiver Politik weiterhin die demokratische Massenpartei sein. Diese Partei tritt gleichzeitig als Operator der Demokratisierung gesamtgesellschaftlicher Macht- und Ungleichheitsverhältnisse auf, wie sie den intellektuellen Raum und den organisatorischen Rahmen für Prozesse der Selbstermächtigung bereitstellt. Das »Direkte« an der Demokratie besteht dann aber nicht mehr bloß in einem formalen Abstimmungsprozess, sondern »direkt« würde dann meinen, dass die Leute ihr direktes Umfeld am Arbeitsplatz, im Krankenhaus oder im Fußballverein mit Demokratie und Mitbestimmung durchfluten. 

**DANIEL LEHNER**

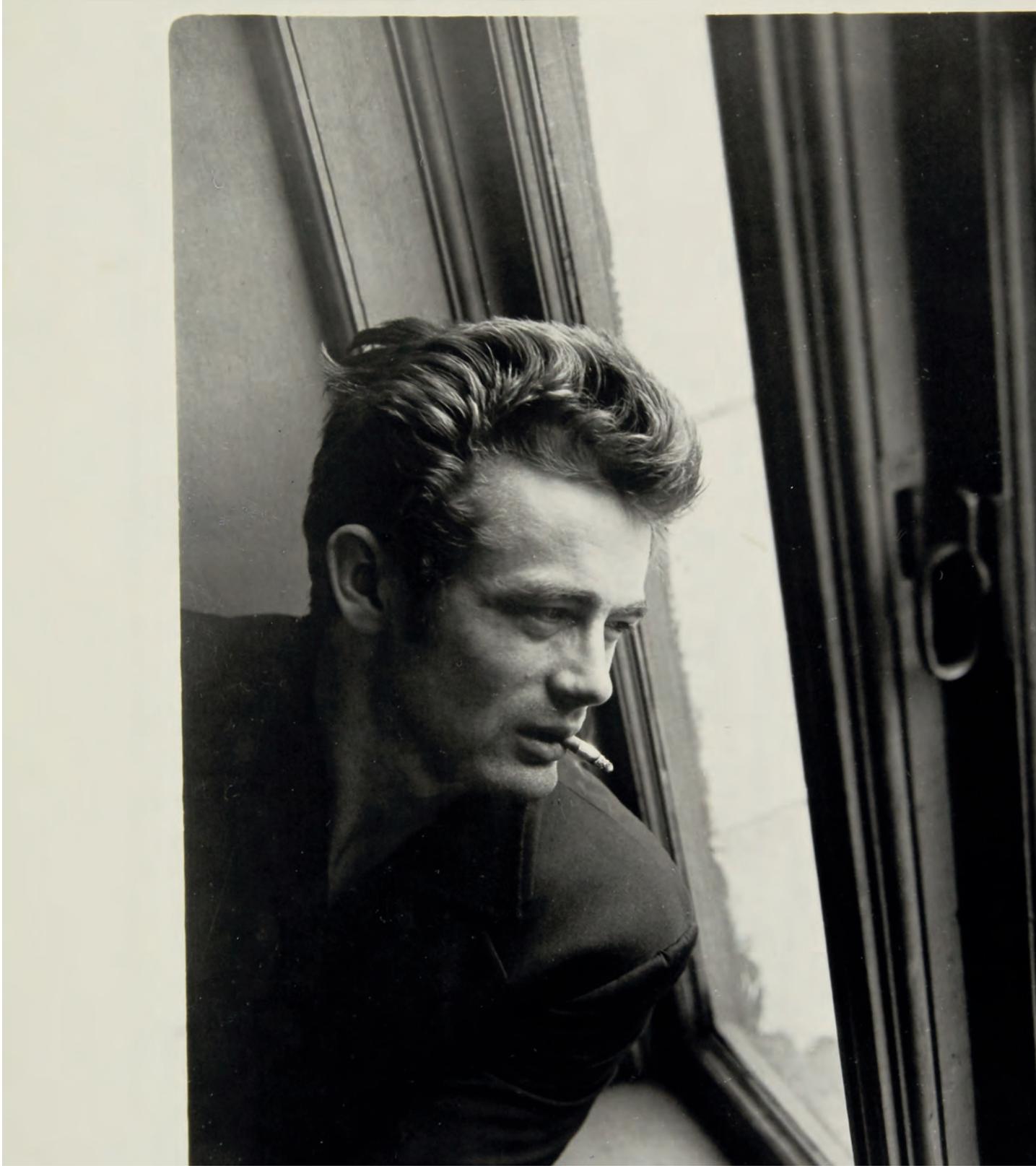
ist Sozialwissenschaftler und parlamentarischer Mitarbeiter.

---

## LITERATUR

**Bader, Pauline / Becker, Florian / Demirović, Alex / Dück, Julia** (2011): Die multiple Krise. Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Dies. (Hg.): VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA, 11-28 | **Konečný, Albrecht** (2013): Die SPÖ neu gründen! In: Zukunft 10/2013 | **Linden, Markus / Thaa, Winfried** (2011): Krise und Repräsentation. In: Dies. (Hg.): Krise und Reform politischer Repräsentation. Baden-Baden: Nomos, 11-44 | **Negt, Oskar** (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen: Steidl | **Merkel, Wolfgang / Petring, Alexander** (2011): Partizipation und Inklusion, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Demokratie in Deutschland 2011.

Berlin | **Neckel, Sighard** (2012): Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft. In: Zukunft 4/2012 | **Schäfer, Armin** (2013): (2013): Wahlbeteiligung und Nichtwähler. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2013(48-49), 39-46 | **Töller, Annette Elisabeth / Pannowitsch, Sylvia / Kuschek, Céline / Mennrich, Christian** (2011): Direkte Demokratie und Schulpolitik. Lehren aus einer politikfeldanalytischen Betrachtung des Scheiterns der Hamburger Schulreform. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2011(3), 503-523.



## 12. WESTLICHT FOTO-AUKTION



Los 127

ROY SCHATT (1909–2002)

'James Dean looking out the window', New York 1954

Silbergelatine-Abzug, geprintet in den 1970er Jahren

20 x 19 cm

Im Rand vom Fotografen signiert, rücks. Fotografenstempel

# Ich hab das Maul aufgemacht!

**Zum Tode des** letzten deutschen »Großschriftstellers« Günter Grass, der Zeit seines Lebens »links der Mitte« zu sein ge-  
ruhte.

**A**lexander Kluge schrieb über Grass, dieser sei »ein Findlingsblock. Wo er hingerollt ist, wird es nichts Zweites geben«. Grass, geboren 1927 in Danzig, hatte zunächst das Handwerk des Steinmetzes erlernt, danach studierte er Grafik und Bildhauerei. Sich selbst verortete er, wenn er nach seinem Beruf gefragt wurde, immer wieder in strenger Reihenfolge. Er sei »Bildhauer, Grafiker und Schriftsteller«.

Bevor Grass mit der Tastatur seiner Schreibmaschine (zuvor pflegte er mit der Feder zu skizzieren) ebenso wütend wie wirkungsmächtig in die deutsche Geschichte trommelte, wuchtete er seine Erfahrungen »aus der wirklichen Welt« mit beiden Händen, nach Kriegsende in einem Bergwerk. Der Schriftsteller Grass mühte sich im Steinbruch des realen gesellschaftlichen Seins ab, er griff nicht nach den Wolken der Theorie. Seine politische Orientierung, welche ihm erst allmählich zuwuchs, orientierte sich gebieterisch an der »Praxis«.

Germanisten und Kritiker sind sich wohl nicht eins, ob Grass tatsächlich ein »politischer Autor« gewesen sei, er sei jedoch ein Schriftsteller gewesen, so hieß es jüngst in der »Zeit«, »der sich auch auf Kosten seines Werks in die Politik hineinbegab«. Einigkeit herrscht freilich darüber, dass seine frühen Romane, die seinen Weltruhm begründet haben, »bleiben werden«, das »mittlere« und »spätere« Schaffen eher nicht.

Das politische Engagement von Grass, dessen links-liberalen Präferenzen, nahmen viel Zeit und Energie in Anspruch. Seine politische Publizistik steht, in Summe und Zahl, seinen Romanen, Gedichten und Erzählungen um nichts nach. »Setz Dich auf Deinen Arsch und schreib wieder ein Buch, statt Deinen Namen unter tausend Manifeste«, rotzte ihn der notorisch eitle »Großkritiker« Fritz J. Raddatz, der ebenfalls vor kurzer Zeit verstorben ist, einmal an. Grass engagierte sich

in mehreren Wahlkämpfen für die SPD-Ikone Willy Brandt, der »mehr Demokratie wagen« wollte, eine neue »Ostpolitik« begründete und die Aussöhnung mit Polen, dem geschundenen Nachbarn, propagierte. Als Brandt 1961 eine Schriftsteller-Runde mit der Frage überraschte, wer geneigt sein, für ihn Reden zu schreiben (dies gab's noch in den Zeiten von Brandt, Kreisky und Palme), sprang lediglich Grass seiner zeitweiligen »Vaterfigur« zur Seite: »Ich, der Bürgerschreck, war der Einzige, der den Finger hob!«

## CITOYEN, BÜRGER, INTELLEKTUELLER

Parteimitglied der SPD wurde Grass erst 1982, im letzten Kanzlerjahr von Helmut Schmidt. Zehn Jahre später trat er wieder aus, die Asylpolitik der Sozialdemokraten erschien ihm als zu hart. Grass wütete gegen die Atomkraft, gegen die Wiedervereinigung nach dem Zusammenbruch des Ostblocks u. a. m. Kritik, Angriffe, Polemik gegen seine Person ließen ihm Flügel wachsen, er war ein Streitbarer, in literarischen Auseinandersetzungen und gleichwohl in politischen. Grass war ein Citoyen, ein Bürger und Intellektueller, der sich einzumischen pflegte, seine Stimme als Warner und Mahner hatte Macht und Gewicht, weit über Deutschland hinaus. Nach dem Tode von Heinrich Böll, dem großen Moralisten unter den Literaten der Bundesrepublik – der neben und wohl noch vor Grass die gesellschaftliche Instanz schlechthin war –, stand er alleine auf weitem Felde. Seines Ranges war Grass sich bewusst, als er nach dem Tode von Böll vor 30 Jahren meinte: »Nun muss ich, stellvertretend für Böll, auch noch dessen Last für Deutschland tragen!«

Grass wurde in jungen Jahren berühmt. Eine Lesung im Rahmen der »Gruppe 47«, einer Schriftsteller-Vereinigung, die von Hans Werner Richter als »Spiritus rector« und steter Talente-Förderer präsiidiert wurde, öffnete ihm 1958 das Tor zu einer literarischen Weltkarriere. Schon damals waren

die Zuhörer von der hoch sinnlichen und suggestiven, eminent bilderreichen Sprache Grass', der damals unbekannt war und am Rande des Existenzminimums vegetierte, ebenso beeindruckt wie von seinem rhetorischen Vortragstalent. Die »Blechtrommel«, die im Jahr darauf erschien, geriet zu einem frühen Geniestreich. Grass hatte Deutschland den Epochenroman der Nachkriegszeit hinge knallt, gewissermaßen aus dem »Nichts« heraus. Er hatte mit diesem Roman verschreckt, verstört und verzaubert.

1999, vier Jahrzehnte nach diesem den Nerv der Zeit aufwühlend/kraftvoll berührenden Opus über Verantwortung, Verbrechen und Verschweigen, wurde er – eben dafür – mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Nicht wenige bemühten den Vergleich mit Thomas Mann, der 1929 für seinen Epochenroman »Buddenbrooks« – »Verfall einer Familie« (1901) mit dem Literatur-Nobelpreis geehrt wurde. Grass verstarb übrigens in Lübeck, seiner »Wahlheimat« und Heimatstadt von Thomas Mann.

Sich auf dem Gipfel des »Zauberberges« zu halten, ist freilich schwer, nachgerade unmöglich. 

**CHRISTIAN DICKINGER**

ist SPÖ-Stadtparteivorsitzender und Vizebürgermeister in Gmunden.





Los 85  
WERNER BISCHOF (1916–1954)  
Angkor Wat, Kambodscha 1952  
Silbergelatine-Abzug, Vintage  
17,2 x 25,2 cm  
Rücks. Fotografenstempel und diverse Beschriftungen

# Ein Grenzgänger des 20. Jahrhunderts: Leo Kofler

**Vor 20 Jahren** verstarb der sozialistische Humanist und Stalinismuskritiker Leo Kofler. Seine Schriften zeugen von großer Originalität und Produktivität und zählen neben den Werken der Frankfurter Schule um Max Horkheimer und Theodor W. Adorno sowie der Marburger Schule rund um Wolfgang Abendroth zu den wichtigsten Beiträgen des deutschsprachigen Nachkriegsmarxismus. Christoph Jünke stellt die politischen und intellektuellen Bezugspunkte von Koflers bewegter Biographie dar.

**D**er deutsch-österreichische Gesellschaftstheoretiker und Sozialphilosoph Leo Kofler (1907-1995) gehört zu den produktivsten und vielfältigsten Denkern des deutschsprachigen Nachkriegsmarxismus. Seine fast 40 Bücher und Broschüren umspannen ein halbes Jahrhundert und behandeln so unterschiedliche Themen wie die Geschichte und Theorie der bürgerlichen Gesellschaft, die Soziologie und Philosophie, die Ästhetik und Anthropologie. Das Verbindende und Konstante dieses Werkes, dessen Schätze noch kaum gehoben sind, sind sicherlich das dialektische Denken und die Betonung der sozialistisch-humanistischen Ziel-Idee eines »ganzen Menschen«, sein lebenslanges Festhalten am alten Projekt einer umfassenden Entfaltung des menschlichen Wesens als eines zur Emanzipation gleichermaßen befähigten wie verdammten Gattungswesens. Dies brachte ihn nicht nur in Gegensatz zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, deren Ideallosigkeit er immer wieder treffend charakterisierte, sondern auch in Gegensatz zu vielen linken Strömungen, die nicht selten aus der Not eine Tugend machen und Beschädigungen vielfacher Art billigend in Kauf nehmen.

## VOM JUDENTUM ZUR ARBEITERBEWEGUNG

Geboren wurde Leo Kofler am 26. April 1907 als ältestes von zwei Kindern im ostgalizischen Chocimierz, einem winzigen Flecken im äußersten Nordosten der ehemaligen Österreich-ungarischen Habsburgermonarchie. Das in der heutigen Westukraine gelegene Ostgalizien gehörte nicht nur zu den ärmsten Grenzregionen Europas, es war auch die Heimstatt jenes später von Faschismus und Krieg zerstörten osteuropäischen Judentums, dessen integraler Teil auch die Familie Kof-

ler war. Sowohl Mutter Minna als auch Vater Markus Kofler entstammten, soviel wir wissen, jüdischen Grundbesitzerfamilien, was den Kindern eine zwar bescheidene, aber doch relativ sorgenlose Kindheit in zwar traditionaler, aber liberaler Familienumgebung ermöglichte. Jüdische Orthodoxie wurde zwar im väterlichen Zweig der Familie, anders als im mütterlichen, noch großgeschrieben, doch bereits Vater Markus hatte sich bereits weitgehend gelöst von ihr.

Es ist der Erste Weltkrieg, der den noch jungen Leo Kofler zu einem Grenzgänger werden lässt. Als Kind dieses osteuropäischen Judentums musste der Achtjährige kriegs- und familienbedingt (aus Angst vor dem Antisemitismus der zaristischen Armee) die ostgalizische Heimat verlassen und mit seiner Familie nach Wien übersiedeln. Regional wechselte er damit vom Grenzland in die Metropole der Habsburger Doppelmonarchie – eine der Hauptstädte der europäischen Moderne des beginnenden 20. Jahrhunderts –, kulturell und sozial aus dem von Armut und Rückständigkeit geprägten Milieu des osteuropäischen in das auf Assimilation setzende Milieu des mitteleuropäischen Judentums.

Im »Roten Wien« der Zwischenkriegszeit sollte sich in Kofler das kulturelle Erbe des Judentums mit der modernen Arbeiterbewegung in ihrer klassischen, radikalen Ausprägung mischen. Kofler wurde einer jener »nicht-jüdischen Juden«, die Isaac Deutscher später so treffend beschrieben und analysiert hat. Biografisch und intellektuell geformt in historischen Umbruchsituationen und unter gesellschaftlichen Bedingungen, die keine Versöhnung zuließen mit national oder religiös beschränkten Ideen, wurden diese nicht-jüdischen Juden

nicht selten zu einer auf Rationalität und Dialektik beruhenden universalistischen Haltung getrieben. So auch Kofler, der fortan durch und durch dialektisch denken und auf besondere Weise die Suche nach soziologischer Determiniertheit mit dem Betonen eines eingreifenden, zutiefst praktischen Denkens verbinden wird. Auch er, der sich später als marxistischer Anthropologe versuchen wird, wird nicht an ein Entweder-Oder glauben, nicht an den entweder guten oder bösen Menschen. Und auch er wird nie das tätige Prinzip Hoffnung, den optimistischen Glauben an die menschliche Solidarität aus den Augen verlieren. Auch sein Vermächtnis wird dasselbe werden wie das jener anderen großen nicht-jüdischen Juden »– die Botschaft der universellen menschlichen Emanzipation« (I. Deutscher).

Der noch junge Kofler absolvierte die Volks- und Handelsschule in einer Zeit, als in der Sozial- und Bildungspolitik ebenso neue Wege beschritten wurden wie in der legendär gewordenen Wohnungsbaupolitik des sozialdemokratisch regierten Wien. Während die österreichischen Provinzen in bäuerlich-bürgerlichem Konservatismus verharrten, wählten dreiviertel der Stadtbewohner eine Sozialdemokratie, die sich selbstbewusst auf ihre marxistischen Grundlagen berief und den Sozialismus als eine umfassende antikapitalistische Lebensreformbewegung verstand. In diesen roten zwanziger Jahren hat sich Kofler auch emotional von seinen osteuropäischen Wurzeln verabschiedet und wurde zum begeisterten Wiener Sozialdemokraten. Es war das »Rote Wien« der Zwischenkriegszeit mit seiner etwas anderen Arbeiterbewegung, das ihn nachhaltig prägte. Hier im Rahmen eines »Sozialismus in einer Stadt« und eines politischen Bildungssystems, das damals weit über Österreich ausstrahlte, erlebte er eine Partei gleichsam zwischen Reformismus und Bolschewismus, wie die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs (SDAP) genannt wurde, eine reformistische Arbeiterpartei mit revolutionärer Endzielerwartung. Hier politisierte er sich Ende der zwanziger Jahre und wurde zu einem begeistert-begeisterten sozialdemokratischen Bildungsreferenten – halb Aufklärer, halb Volkspädagoge für die rote Sache.

## VOM SOZIALDEMOKRATEN ZUM LINKSSOZIALISTEN

Die große Weltwirtschaftskrise von 1929ff. führte nicht nur zum Aufstieg des europäischen Faschismus, sondern auch zu einer Radikalisierung der sozialdemokratischen Jugend des roten Wiens. Im Angesicht der reformistischen Errungenschaften und der braunen Gefahr wollten die Jungen und die

Linken mehr und mehr gegen den fatalistisch abwartenden sozialdemokratischen Reformismus ihrer um Otto Bauer herum sich gruppierenden Parteiführung. Die jungen sozialdemokratischen Bildungsreferenten aus Wien wurden zur Avantgarde der Politisierung, zu Trägern einer neuen Linksoption. Und sie fanden ihren Ideologen auf dem linken Flügel der österreichischen Sozialdemokratie, bei Max Adler, dem zeitgenössischen Philosophen des europäischen Linkssozialismus, der die Jugend explizit zur Revolte gegen den Kapitalismus erziehen wollte und in seiner Erziehungstheorie forderte, dass junge Menschen organisch unfähig werden sollten zur Integration in die vorherrschende Gesellschaft.

Leo Kofler war einer dieser politisierenden Bildungsreferenten. Und für viele Jahre wurde er zum entschiedenen Anhänger und Schüler Max Adlers, besuchte dessen Vorlesungen an der Universität und arbeitete rege mit im von Adler geleiteten »Marxistischen Arbeitskreis«, während man gleichzeitig »auf der Walz« durch die Lande reiste oder an der Lobau, dem östlich von Wien gelegenen Donauauengebiet, mit Gleichgesinnten campete, feierte und politisierte. In den letzten Kämpfen dieser ersten Republik stritt Kofler mit Ernst Fischer und vielen anderen für eine linke Opposition, deren Übergänge zur kommunistischen Bewegung in den dreißiger Jahren fließend wurden.

Der scheinbar unaufhaltsame Niedergang der österreichischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) nahm nichts desto trotz ihren Lauf. Nach ihrem letzten Aufbäumen, dem spontanen und blutig niedergeschlagenen Februaraufstand 1934, wurde sie verboten, die Demokratie zerschlagen und ein österreichischer Ständestaat errichtet. Die Arbeiterbewegung und der Austromarxismus waren in die Illegalität verwiesen und Kofler widmete sich neben gelegentlicher Lohnarbeit nun vollends dem autodidaktischen Studium.

## EIN WESTLICHER MARXIST IN DER SCHWEIZ

Dieser zweite Grenzgang Leo Koflers – nach dem Grenzgang vom Judentum zur Arbeiterbewegung nun der Grenzgang vom Sozialdemokraten zum Linkssozialisten – führte in den Jahren nach 1933/34, nach dem politischen Zusammenbruch des sozialdemokratischen Austromarxismus und seiner linken Opposition, zu einer erneuten Wendung im Leben und Denken Koflers. Nach dem Anschluss Österreichs ans faschistische Deutsche Reich floh der gerade mal 30-jährige Jude und Marxist 1938 in die neutrale Schweiz. Hier in Basel, in der erzwungenen weltpolitischen Isolation der schweizerischen

Arbeitslager und ihrer ebenso politischen wie psychischen Belastung, nahm er seine in Wien begonnenen wissenschaftlichen Studien wieder auf und verkehrte in intellektuellen und kommunistischen Kreisen. Seit Mitte 1940 zum körperlich schweren Arbeitsdienst der Emigranten herangezogen, arbeitete er unter der Woche im Straßenbau und beim Torfstechen, während er sich abends der intellektuellen Rechenschaftslegung in Form der Arbeit an einem Buchmanuskript hingab.

Diese entbehrungsreichen, zur Askese treibenden Verhältnisse sollten nicht nur Koflers Charakter nachhaltig prägen. Sie bildeten auch den zeithistorischen Kontext seines theoretischen Reifungsprozesses, denn er schreibt sein erstes Buch (»Die Wissenschaft von der Gesellschaft«, Bern 1944) als sozialphilosophische Reflexion des gebrochenen Verhältnisses von marxistischer Theorie und Praxis und als Grundlegung eines neuen Marxismus-Verständnisses. Die sozialistisch-marxistische Theorie und Praxis sind erneuerungsbedürftig, so Kofler in diesem theoretischen Grundlagenwerk. Gegen den alten, vulgärmaterialistischen Marxismus sozialdemokratischer wie stalinistischer Provenienz gelte es, das tätige Element, den sogenannten subjektiven Faktor, d. h. die Rolle des Bewusstseins im gesellschaftlichen Sein zurückzuerobern. Die bis dahin in der marxistischen Tradition so wirkmächtige mechanische Trennung von Überbau und Basis wird als der gesellschaftlichen und historischen Praxis unangemessen und undurchführbar zurückgewiesen.

Koflers Erneuerung der marxistischen Theorie und Praxis setzt also vor allem auf die philosophische Tradition eines Georg Wilhelm Friedrich Hegel und seiner Subjekt-Objekt-Dialektik, und auf den jungen Marx und dessen radikalen Humanismus. Das Spezifische des Kofler'schen Ansatzes liegt dabei in einem originellen intellektuellen Grenzgang zwischen seinem alten Theorie-Lehrer Max Adler und seinem neuen theoretischen Bezug Georg Lukács. Von Lukács übernimmt er die zentrale Betonung des dialektischen Denkens, Adler bleibt er treu in dessen methodisch zentraler Betonung des Bewusstseins und in seinem soziologischen Denken. So wird er zu einem in vielem nicht untypischen, aber originellen Vertreter des damals aufkommenden »westlichen Marxismus«, der sich mit der tendenziellen Loslösung von den politischen Zusammenhängen ein gehöriges Maß akademisieren wird.

Die mehr praktisch-politische Seite seines Denkens spiegelt sich in seinem zweiten Werk, seiner monumentalen, 1948

in Ostdeutschland veröffentlichten Studie »Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft«, die die Geschichte des frühbürgerlichen Humanismus gegen den Strich bürtet und dessen innere und äußere Widersprüche verdeutlicht. In antifaschistischem Kontext aktualisiert Kofler die alte Lehre der sozialistischen Arbeiterbewegung, dass die Arbeiterbewegung zum historischen Erbe des frühbürgerlichen Radikalismus werde, und betont gleichzeitig, dass der in die Krise gekommene Sozialismus sich nur erneuern könne, wenn er dieses frühbürgerliche Erbe auch wirklich ernst nehme, wenn er nicht die soziale Freiheit gegen die politische Freiheit ausspielt, sondern beide Stufen einer welthistorischen Freiheit auf einer höheren, dritten Stufe vereinigt. Dem Sozialphilosophen und Gesellschaftstheoretiker geht es dabei wesentlich um die Freiheit zur allseitigen, sowohl individuellen wie kollektiven Entfaltung der menschlichen Gattungspersonlichkeit. Und diese Ziel-Idee eines »schönen Menschen« lässt ihn fortan nicht mehr los. Sie zieht sich durch sein gesamtes weiteres Werk und wird auch der Grund für seinen nächsten, seinen vierten Grenzgang, der abermals wörtlich zu nehmen ist.

## VON WEST NACH OST

Hatte sich Kofler in den dreißiger und beginnenden vierziger Jahren nach links entwickelt und seinen westlichen Marxismus mit reformkommunistischen Hoffnungen verbunden, so teilte er auch die Hoffnungen vieler Zeitgenossen, dass das absehbare Ende von Faschismus und Krieg zur internationalen Ausweitung sozialistischer Revolutionsprozesse und zu einer nachhaltigen Entstalinisierung sowohl im sowjetrussischen Sozialismus wie in der internationalen kommunistischen Bewegung führen würde. Nach Österreich wolle er nicht zurück – von einem wie auch immer erneuerten Austromarxismus wollte dort kaum noch jemand etwas wissen. Europa dagegen war in offener Bewegung und Kofler wurde darauf aufmerksam gemacht, dass im Osten des deutschen Mutterlandes des marxistischen Sozialismus unbelastete, sozialistische Lehrkräfte gesucht wurden. Mit Begeisterung und großen Hoffnungen reagierte er deswegen auf das Anfang 1947 erfolgte Angebot, als Dozent an die ostdeutsche Universität in Halle an der Saale, in die Noch-Nicht-DDR zu gehen: »Ich dachte: Hier hast Du endlich Sozialismus! Mein Traum schien erfüllt.«

Sein erstes Werk, Die Wissenschaft von der Gesellschaft, wurde hier als Doktorarbeit anerkannt und mit »Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft« konnte sich der Autodidakt danach zum Professor für Geschichtsphilosophie habilitieren. Die ostdeutsche Sozialistische Einheitspartei (SED),

deren Mitglied er gleich nach seiner Ankunft in Halle geworden war, hatte ein in vielem an die austromarxistische Bildungstradition erinnerndes, umfangreiches außeruniversitäres Bildungssystem aufgebaut, in welchem auch der Universitätsprofessor Kofler wie selbstverständlich parallel tätig wurde. Als explizit politischer Intellektueller mischte er sich fortan aktiv ein, wollte am Aufbau eines deutschen Sozialismus tatkräftig und selbstbewusst mitarbeiten, und nahm sich dabei ganz selbstverständlich auch die Freiheit, Kritik zu üben an Tendenzen, die er für kontraproduktiv hielt. Entsprechend scharf kritisierte er die aufkommenden Bürokratisierungs- und Stalinisierungstendenzen der neuen SED-Herrschaft und fiel bereits Ende 1949 in Ungnade, trat Anfang 1950 demonstrativ aus der SED aus und floh Ende 1950, von Verhaftung bedroht, als einer der ersten Dissidenten aus der DDR.

## VON OST NACH WEST

Als einflussreicher Intellektueller hatte Kofler in Halle versucht, sozialistische Theorie und Praxis wieder zusammenzubringen und mit seinem westlichen Marxismus den Aufbau des östlichen Sozialismus zu befördern. Doch einmal mehr war der Grenzgänger an die Mauer der historischen und gesellschaftlichen Realität gestoßen. Und es kam zum fünften Grenzgang: Mit seiner neuen Frau Ursula ging Kofler nach Westdeutschland und ließ sich dauerhaft in Köln nieder.

Im westdeutschen Frontstaat des Kalten Krieges regierte der Christlich-Konservative Konrad Adenauer, wurden Kommunisten zu Staatsfeinden gestempelt und vielfältig verfolgt. Und da vermeintlich alle Wege des Marxismus nach Moskau führten, bezahlte auch der bekennende Marxist Kofler für sein linkssozialistisches Bekenntnis mit einer weitreichenden gesellschaftlichen Ausgrenzung. Einzig auf dem linken Rand der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften konnte er sich fortan als Bildungsreferent und Wanderprediger engagieren. Nach dem Aderlass des Nazi-Faschismus war hier der Bedarf an neuen Denkern groß.

Und Kofler brachte die dafür notwendigen Qualitäten mit: undogmatisch und originell, zwischen allen theoretischen Stühlen sitzend, war er nicht nur eine markante Persönlichkeit, sondern auch ein begnadeter Redner und Pädagoge. Doch leben konnte man davon nicht und so musste seine Frau für den Unterhalt der Familie sorgen, obwohl auch sie, eine in Ostdeutschland akademisch ausgebildete Lehrerin, lange nicht in ihrem eigentlichen Beruf arbeiten durfte. Nachdem er sich zu Beginn der 1950er Jahre als marxistischer Stalinismuskri-

tiker einen gewissen Namen erarbeitet hatte, engagierte sich Kofler zunehmend auch als Kritiker des sozialdemokratischen »ethischen Sozialismus«. Nachhaltig kritisierte er den intellektuellen Weg der westdeutschen SPD nach Bad Godesberg, verdeutlichte die philosophischen Irrungen und Wirrungen der einflussreichen ethischen Sozialisten um Willi Eichler, bei denen sich das sozialistische Ziel ins ethisch Unverbindliche verflüchtigte und damit einer politischen Bürokratie den Weg bereite, die nicht mehr in der Lage sei, die von Unterdrückung und Entfremdung betroffenen Menschen emanzipativ anzusprechen.

Andererseits hatte er enge Kontakte zum linken Gewerkschaftsflügel um Viktor Agartz und zu linken Intellektuellen wie Wolfgang Abendroth. Und so wurde er als sozialphilosophischer Wanderprediger einer der Köpfe der vergessenen Revolte von 1956. Ein letztes Mal versuchte er den offenen Grenzgang zwischen Theorie und Praxis, mischte sich auch praktisch ein und propagierte eine Neue Linke als dritten Weg zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus. Vergeblich. Das Verbot der westdeutschen Kommunistischen Partei 1956 und der Landesverrats-Prozess gegen den linkssozialistischen Sozialdemokraten Viktor Agartz 1957 führten zu einer umfassenden Kriminalisierung und Ghettoisierung des linken Milieus in der BRD, während im Osten Deutschlands der Harich-Prozess und die Kampagne gegen Ernst Bloch das Ende der kommunistischen Liberalisierungspolitik symbolisierten.

Auch mehrere zwischenzeitliche Versuche, ihm eine dauerhafte Stellung innerhalb der Gewerkschaften oder an den Universitäten zu verschaffen, scheiterten, teils am konservativen Widerstand, teils an seinem Unwillen, sich von solcherart Institutionen und deren bürokratischer Logik gefangen nehmen zu lassen. Man müsse »schon eine besonders starke Persönlichkeit sein, wenn man es fertigbringt, in führende Positionen zu gelangen, ohne dass einem von der Bürokratie das Rückgrat gebrochen würde«, schreibt er 1960 über die spätbürgerliche Bürokratie und formuliert damit auch seine eigene Angst.

Inmitten dieser ersten Generation einer Neuen Linken setzte er sich allerdings intensiv mit den Veränderungen des neuen, sozialstaatlichen Kapitalismus auseinander und entwickelte dabei seine Theorie einer progressiven Elite, die einen intellektuellen wie politischen Ausweg aus den weltgeschichtlichen Blockaden des sich zuspitzenden Kalten Krieges sucht. Die internationale Linke, so Kofler, sei gefangen in

der Blocklogik dieses Kalten Krieges, restalinisierte sich in der kommunistischen Strömung und verbürgerliche sich in der sozialdemokratischen. Für einen neuen Ausbruch aus dieser Logik umfassender Bürokratisierung bedürfte es deswegen einer neuen sozialistisch-humanistischen Linken, die sich zumeist an den dissidenten Rändern oder gar ganz abseits von Sozialdemokratie und Parteikommunismus bewege.

### VON DER HEIMATLOSEN ZUR NEUEN LINKEN

Das nachhaltige Scheitern dieser ersten Generation einer Neuen Linken war zwar nicht nur ein deutsches (so wie die Neue Linke nicht nur ein deutsches Phänomen gewesen ist), doch zeigt diese Entwicklung eine spezifisch deutsche Nachhaltigkeit. Der überall festzustellende Generationsbruch innerhalb der internationalen Linken, die Entfremdung zwischen »56ern« und »68ern«, nimmt hier besonders tiefgreifende Formen an. Die linkssozialistischen 56er werden von den späteren, antiautoritären 68ern weitgehend ignoriert oder belächelt. Kofler, der etwas andere Vordenker einer Neuen Linken, wird von den jungen SDS-Genossen zuerst vergessen und verdrängt, um dann, nach der Revolte von 68 partiell wiederentdeckt zu werden.

Seine politisch-intellektuellen Wege hatten sich aber schon lange nachhaltig von jener Frankfurter Variante des »westlichen Marxismus« getrennt, die auf eine vermeintlich hoffnungslos integrierte Arbeiterschaft nicht mehr setzen wollte. Kofler, gleichermaßen ein heimatloser Linker wie die Vertreter der »Frankfurter« Kritischen Theorie, verstand sich trotz aller Kritik auch weiterhin als organischen Teil der Arbeiterbewegung, als revolutionären Humanisten. Der andauernde Klassenantagonismus schlug sich, so Kofler, auch weiterhin im Bewusstsein des gewöhnlichen Arbeiters nieder und könne, entsprechend konsequent betrieben, auch politisiert werden. Auch im verdinglichten sei kritisches Bewusstsein enthalten und damit auch die Möglichkeit humanistischer Aufklärung. Obwohl er sich selbst als Teil der Neuen Linken betrachtet, wird er jedoch von seinen Zeitgenossen kaum als solcher wahrgenommen. Seine Schriften werden nicht rezipiert und persönlich sich zu engagieren, das lehnte er fortan ab. Noch immer befürchtete der österreichische Staatsbürger für den Fall eines offenen politischen Engagements die mögliche Ausweisung aus seiner neuen Wahlheimat. Erst sehr viel später sollte er selbst zugeben: »Wenn ich ehrlich bin, kam mir das insofern entgegen, als ich mich gerne mehr auf die Theorie konzentriere.«

### VON DER NEUEN LINKEN ZUM EPOCHENBRUCH

So saß er schließlich noch immer zwischen allen Stühlen, als er zu Beginn der »roten siebziger Jahren«, mit immerhin 65 Jahren, eine neue Wirkungsstätte an der Bochumer Ruhr-Universität fand. Sein überaus origineller Versuch einer theoriepolitischen Vermittlung zwischen Herbert Marcuse und Georg Lukács, zwischen marxistischem Traditionalismus und antiautoritärer Revolte, blieb allerdings weitgehend unbeachtet. Sein ehrgeiziger Versuch einer zu Adorno, Marcuse u.a. alternativen Sozialphilosophie hatte keine Chance bei der jungen Intellektuellengeneration. Kofler galt als altmodisch und seine an Lukács geschulte Ästhetik als dogmatisch. Der Psychoanalyse stand er eher distanziert gegenüber und mit der anderen intellektuellen Modeströmung jener Zeit, mit dem französischen Strukturalismus eines Louis Althusser, der den Marxismus als einen theoretischen Antihumanismus neu erfand, war Koflers revolutionärer Humanismus noch weniger kompatibel.

Kofler blieb also ein Einzelgänger, ein Sonderling, und wirkte nicht schulenbildend. Den Niedergang der Neuen Linken erlebte er mit einer gewissen Bitterkeit. Gerade im Kontext des aufziehenden Postmodernismus und des ideologischen Siegeszuges des internationalen Neoliberalismus, die er im Übergang zu den achtziger Jahren sensibel registrierte und scharf kritisierte, verzweifelte er an den alternativ gewordenen deutschen Linken. Schon früh, in den Jahren 1985/86 erkannte er dagegen den frisch aufkommenden reformatorischen Wind aus dem kommunistischen Osten, machte sich ein letztes Mal auf zu neuen Ufern und sich selbst zum Propagandisten des Gorbatschowismus, in welchem er eine Renaissance des klassischen Sozialismus zu erkennen glaubte.

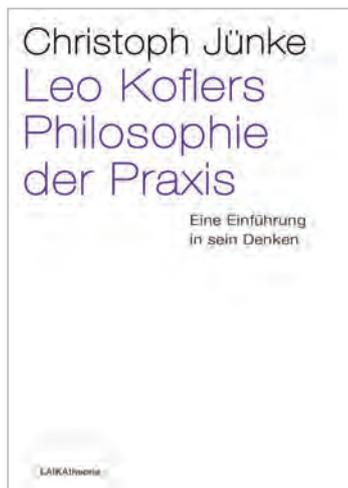
Als das Projekt Gorbatschows 1989/90 scheiterte, nahm schließlich auch Koflers Verbitterung zynische Züge an. Der große Epochenbruch hatte auch ihn ratlos gemacht. Doch er gab sich stoisch-trotzig. Obwohl noch zahlendes Mitglied der österreichischen Sozialdemokratie, sympathisierte er 1990/91 mit der neuen PDS, »der einzigen wirklichen oppositionellen Partei«, und nahm sie gegen Angriffe von Konservativen und Sozialdemokraten in Schutz. Vor allem jedoch wandte er sich gegen ein seiner Meinung nach vorprogrammiertes »gefährliches Sichaufblähen der BRD auf Kosten anderer Länder«.

Neben gelegentlichen Vortragsreisen, 1990 u.a. in die Noch-DDR, hielt er auch weiterhin jeden Mittwoch seine Vorlesung an der Bochumer Ruhr-Universität, bis ihn 1991

mehrere Schlaganfälle erlitten, von denen er sich nicht mehr erholte. Am 29. Juli 1995 starb Kofler in seiner Wahlheimat Köln. 

### CHRISTOPH JÜNKE

ist Vorsitzender der Leo Kofler-Gesellschaft e.V. ([www.leo-kofler.de](http://www.leo-kofler.de)) und arbeitet als Historiker an der Fern-Universität Hagen. Er ist Autor einer umfangreichen Biografie Koflers, Mitherausgeber von »Begegnungen mit Leo Kofler. Ein Lesebuch« (Köln 2011) und hat soeben im Hamburger Laika-Verlag eine Einführung in Koflers Denken veröffentlicht (»Leo Koflers Philosophie der Praxis. Eine Einführung«).



**Christoph Jünke**  
**LEO KOFLERS**  
**PHILOSOPHIE**  
**DER PRAXIS**  
Laika-Verlag  
Hamburg 2015  
232 Seiten



## 12. WESTLICHT FOTO-AUKTION



Los 34

AUGUST SANDER (1876–1964)

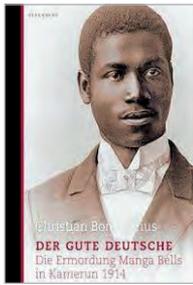
Mädchen im Kirmeswagen, Köln 1926–32

Silbergelatine-Abzug, geprintet 1992 von Gerd Sander

26 x 19,9 cm

»Aug. Sander Köln Lindenthal« Blindstempel, rücks. von Gerd Sander signiert,  
Edition Nr. 12/12

# Justizmord, Kannibalen & Armenozid



## Christian Bommarius DER GUTE DEUTSCHE

In der ruhmlosen deutschen Kolonialgeschichte dürfte das Kapitel über Kamerun eines der finstersten sein. Die ergaunerte Kolonie wurde in einträglichem Zusammenarbeiten zwischen wilhelminischen Kolonialbeamten und ehrbaren Kaufleuten

in ein Inferno für die versklavte Bevölkerung verwandelt. Diese Geschichte eines Justizmordes ist zugleich eine Fallstudie über Rassismus, Gier und abgrundtiefe politische Dummheit.

**BERENBERG**, 176 Seiten, 20,60 Euro



## Bernhard Kegel DIE HERRSCHER DER WELT

Ohne Mikroben gäbe es kein Leben auf unserem Planeten. Doch erst in den letzten Jahren erkennen die Wissenschaftler wie eng und vielfältig die Verbindungen von Tieren und Pflanzen mit den mikrobiellen Winzlingen wirklich sind. Diese neuen revolutionären Erkenntnisse

werden die Art, wie wir uns selbst und das Phänomen Leben sehen, verändern.

**DUMONT**, 382 Seiten, 23,70 Euro



## Claude Lévi-Strauss WIR SIND ALLE KANNIBALEN

Von 1989 bis 2000 hat Claude Lévi-Strauss für die italienische Zeitung »La Repubblica« sechzehn Artikel verfasst, in denen er aktuelle Ereignisse und Tendenzen der modernen Gesellschaft begleitend kommentiert. Zusammen mit

seinem legendären Essay »Der gemarterte Weihnachtsmann« erscheinen diese nun erstmals in einem Band versammelt in deutscher Sprache.

**SUHRKAMP**, 252 Seiten, 27,70 Euro



## Frank Schirrmacher (Hg.) TECHNOLOGISCHER TOTALITARISMUS

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche verändert unsere Gesellschaften ähnlich radikal wie die industrielle Revolution vor 200 Jahren: Internet-Konzerne sichern sich die Kontrolle über ganze Branchen. Und wenn Google-Chef Eric Schmidt

schreibt, das Unternehmen wisse, wo wir sind, und könne mehr oder weniger sagen, was wir gerade denken, werden endgültig die düstersten Voraussagen der Science-Fiction Realität.

**SUHRKAMP**, 283 Seiten, 15,50 Euro

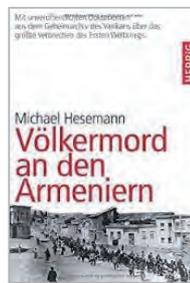


## Angela Marciniak POLITISCHE SICHERHEIT

Mit dem Ziel, unser heutiges Verständnis von politischer Sicherheit jenseits tagespolitischer Gefahrendebatten zu schärfen, rekonstruiert Angela Marciniak an den Werken von Thomas Hobbes, Jeremy Bentham und Hans Joachim Morgenthau eine Ideengeschichte des Phänomens.

Zugleich wird Sicherheit als politisches Konzept für die gegenwärtige normative politische Theorie fruchtbar gemacht.

**CAMPUS**, 369 Seiten, 38,00 Euro



## Michael Hesemann VÖLKERMORD AN DEN ARMENIERN

Nach Einschätzung moderner Historiker fielen dem Armenozid rund 1,5 Millionen Menschen zum Opfer. Unter dem Vorwand einer angeblichen Verschwörung der Armenier gegen das Osmanische Reich setzte die Regierung der

Jungtürken mit ungeheurer Grausamkeit ihre »Vision« eines rein muslimischen Staates in die Tat um. Der gegenwärtige türkische Staat leugnet diesen Genozid bis zum heutigen Tag.

**F. A. HERBIG VERLAGSBUCHH.**, 352 Seiten, 25,70 Euro

# Hoffnung, Sinn & Unsinn



**Tommi Musturi**  
DAS HANDBUCH DER  
HOFFNUNG

Der preisgekrönte finnische Comic-Künstler Tommi Musturi erzählt in seinem neuen Buch von dem ruhigen Leben eines pensionierten finnischen Ehepaars, während hinter den Bildern des alltäglichen Lebens etwas Größeres

Gestalt annimmt. Eine Ahnung des nahenden Todes beginnt am Ehemann zu nagen und führt ihn in eine Welt der Träume und existenzieller Fragen.

AVANT VERLAG, 224 Seiten, 30,80 Euro

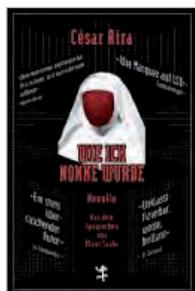


**Rudyard Kipling**  
DIE SPÄTEN ERZÄHLUNGEN

»Bewundernswert und verschwiegen hat er sich bis zum Ende immer wieder erneuert«, schrieb Borges über die letzten Erzählungen von Kipling, der Meistererzähler, dessen Werk immer noch im Schatten des »Dschungelbuchs« steht.

Kurz nach dem Tod seines Sohnes geschrieben, bieten seine letzten Geschichten das dunkel-leuchtende Porträt eines inneren Schmerzes und den Ausweg aus dem Labyrinth.

S. FISCHER, 464 Seiten, 20,60 Euro



**Cesar Aira**  
WIE ICH NONNE WURDE

Alles beginnt mit einem Erdbeereis, das so widerlich schmeckt, dass es dem kindlichen Erzähler buchstäblich im Halse stecken bleibt. Sein Vater bringt den Eismann kurzerhand um. Das Karussell kindlicher Boshaftigkeiten ruft die wundersame Welt der Heranwachsenden

und deren brutale Gewalt in Erinnerung. Und es kommt es zu einer letzten Wendung, als die Ehefrau des Eismanns ihren Auftritt bekommt.

MATTHES UND SEITZ, 125 Seiten, 16,50 Euro

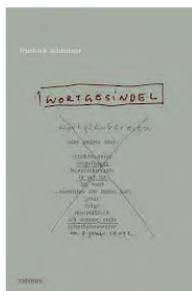


**Gila Lustiger**  
DIE SCHULD DER ANDEREN

Zehn Zeilen – mehr hat Marc Rappaport einem 27 Jahre zurückliegenden Prostituiertenmord, der jetzt durch DNA-Abgleich gelöst sein soll, nicht zu widmen gedacht. Und doch will er mehr über die Geschichte der jungen Frau

erfahren. Was als klassische Ermittlungsgeschichte beginnt, entpuppt sich bald als Gesellschaftsroman über ein ganzes Land und unsere Gegenwart.

BERLIN VERLAG, 496 Seiten, 23,70 Euro



**Friedrich Achleitner**  
WORTGESINDEL

Herr Feige und Herr Mut unterhalten sich über einen mutmaßlichen Feigling; in des Teufels Küche sitzt ein Möchtegern, der keiner sein will; ein besoffener Kapuziner und ein Mohr im Hemd gehen am Wiener Stephansplatz auf einen

Türkischen Honig; und im Hinterzimmer des Braugasthofes findet ein sechzigjähriges Maturatreffen statt. Friedrich Achleitner geht dem Sinn, dem Hintersinn, auf den Grund.

ZSOLNAY, 112 Seiten, 17,40 Euro



**Iris Hanika**  
WIE DER MÜLL GEORDNET  
WIRD

Antonius versucht der allgemeinen Sinnlosigkeit Herr zu werden, indem er selbst nur noch sinnlose Dinge tut. Darum räumt er Mülltonnen auf. Als er jedoch keine Antwort auf die Frage findet, ob Mülltonnenkontrolle nicht vielleicht

doch eine sinnvolle Tätigkeit sei, hört er sofort wieder auf damit. Renate hingegen möchte gerne verschwinden, weil sie ihr Leben so langweilig findet.

DROSCHL, 304 Seiten, 20,00 Euro

# Regeln müssen eingehalten werden!

**W**ährend Deutschland in Einklang mit allen anderen Euroraumländern gegenüber der neuen griechischen Regierung auf die strikte Einhaltung unerfüllbarer und unrealistischer (Primär-)Überschüsse im Staatshaushalt pocht, die einen auch für die Gläubiger so wichtigen Aufschwung unmöglich werden lassen, verletzt Deutschland ein zentrales Regelwerk der Europäischen Union: das »Verfahren bei einem übermäßigen Ungleichgewicht« (»Excessive Imbalance Procedure«). Darüber liest man vor allem in der angelsächsischen Presse, nicht jedoch in den deutschsprachigen Qualitätsmedien. So schrieb Ambrose Evans-Pritchard Anfang Mai im konservativen britischen Daily Telegraph: »Der deutsche Rekord-Leistungsbilanzüberschuss ist eine größere Gefahr für den Euro als Griechenland ...Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss ist außer Kontrolle.«

Seit fünf Jahren liegt in Deutschland der Leistungsbilanzüberschuss zwischen 6% und 7% des Bruttoinlandprodukts. Laut Prognose der Europäischen Kommission wird dieser heuer und in nächstem Jahr sogar knapp unter 8% liegen. Seit Jahren verschafft sich Deutschland Wettbewerbsvorteile über Lohndumping und unterminiert damit die Stabilität der Währungsunion. Um dies zu verhindern, wurde 2012 in der Europäischen Union ein Verfahren zu Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte eingerichtet. Dabei können Länder mit einem hohen Leistungsbilanzüberschuss (sowie –defizit) mit Geldbußen bestraft werden. Dies geht zurück auf eine Forderung von John Maynard Keynes, der erkannte, dass in einem System fixer Wechselkurse bzw. in einer Währungsunion die Anpassungslast einseitig bei den Schuldner- bzw. Defizitländern liegt. Darin liegt schließlich einer der Grundprobleme der Europäischen Währungsunion,

und nicht etwa in einer hohen Staatsverschuldung. Keynes schlug daher einen Sanktionsmechanismus für Leistungsbilanzungleichgewichte vor und forderte somit eine Verantwortung für die Einhaltung außenwirtschaftlicher Gleichgewichte auch bei Ländern ein, die hohe strukturelle Leistungsbilanzüberschüsse aufweisen.

Während die ehemaligen Defizitländer der Eurozone seit Krisenausbruch ihre Leistungsbilanzdefizite – überwiegend im Zuge des depressionsbedingten Einbruchs der Importe – drastisch reduziert haben, hat sich Deutschland nicht angepasst und seine Leistungsbilanzüberschüsse weiter erhöht und damit Arbeitslosigkeit in großem Ausmaß exportiert. Die deutsche Wirtschaftspolitik begünstigt weiterhin Exporte und schwächt die Inlandsnachfrage. Die Investitionsquote ist seit den 1990er-Jahren von 23 auf 17% gefallen. Die öffentlichen Nettoinvestitionen fallen seit mehr als 10 Jahren. Die Einführung des Mindestlohnes hat zwar die zuvor stagnierenden Reallöhne wieder leicht steigen lassen, seit 2012 aber werden Budgetüberschüsse erwirtschaftet – in einer Situation, in der sich der Staat verschulden kann, ohne Zinsen zahlen zu müssen. All dies stellt den Kern der Instabilität der Eurozone dar. Ob Deutschland im Rahmen des neuen Verfahrens tatsächlich eine Geldbuße zahlen wird müssen, ist wenig wahrscheinlich. Es besteht die Sorge, dies könnte die Deutschen noch stärker von der Idee eines gemeinsamen Europa entfernen. In Bezug auf die Griechen, Spanier, Portugiesen etc. schien diese Furcht allerdings nie zu bestehen. Dort bestand man auf die strikte Einhaltung von Regeln. 

**ELISABETH BLAHA**  
ist Wirtschaftsforscherin in Wien.



U4: Eigeninserat